



Sonderausgabe

# FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:  
sporadisch

**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

9. Jahrgang  
Nr. 71 Juli/2 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

\*\*\*\*\*

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

## **Art. 19 Menschenrechte**

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

## **Es ist noch schlimmer: Deutsche Wissenschaftler enthüllen die dunkle Wahrheit über die Pfizer-Impfung**

*uncut-news.ch, Juli 5. 2023*

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vacunaci%C3%B3\\_\(50953927187\).jpg?lightbox=off](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vacunaci%C3%B3_(50953927187).jpg?lightbox=off)

Deutsche Wissenschaftler haben herausgefunden, dass es sich bei einem erheblichen Teil der in der Europäischen Union eingeführten Pfizer-Impfstoffchargen offenbar um **Placebos** handelt. Noch bemerkenswerter: Das Paul-Ehrlich-Institut hat diese Chargen keiner Qualitätskontrolle unterzogen. Das Institut hielt das für «nicht notwendig».

Die deutschen Wissenschaftler berufen sich auf eine dänische Studie, die zeigt, dass sich die Pfizer-Chargen hinsichtlich ihrer Schädlichkeit in Gruppen einteilen lassen. Sie unterschieden drei Gruppen: Eine Gruppe von Chargen (blau) verursachte extrem viele Nebenwirkungen (eine Meldung pro zehn Injektionen), eine Gruppe (grün) verursachte ziemlich viele Nebenwirkungen (eine Meldung pro 400 Injektionen). Und eine Gruppe von Chargen (gelb) verursachte überhaupt keine Nebenwirkungen.

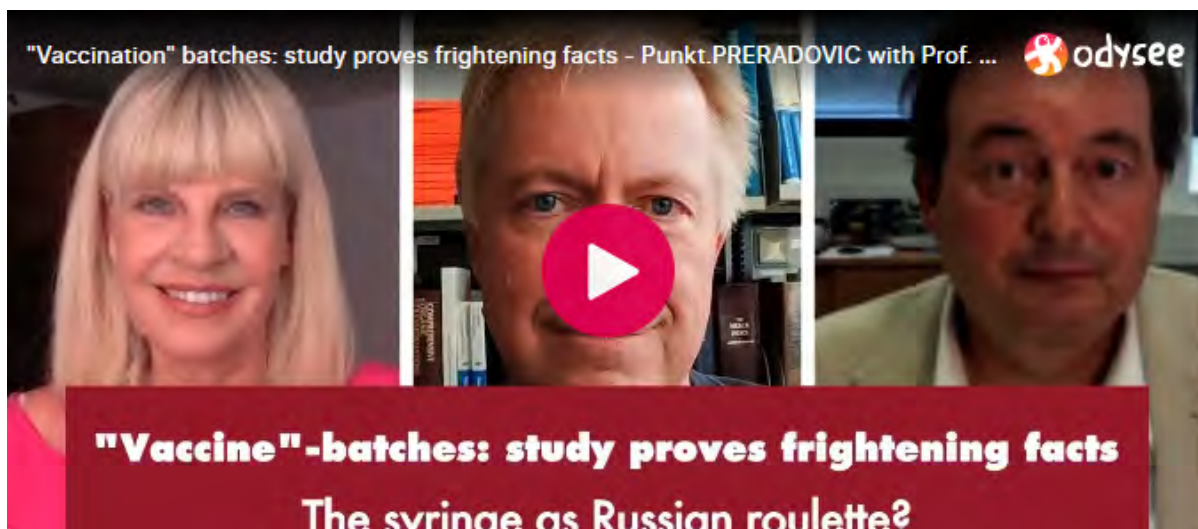


**Das könnte bedeuten, dass jede dritte Pfizer-Impfung ein Placebo war.**

**Die Hälfte aller Todesmeldungen stammt aus fünf Prozent der Impfstoffchargen, der blauen Gruppe.**

Kim Iversen sagte in ihrer Show, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Die besonders schlechten Chargen wurden stillschweigend von den Behörden vom Markt genommen, oder den Menschen wurde im Rahmen eines grossen Experiments mit Wissen der Aufsichtsbehörden von Anfang an bewusst ein Placebo verabreicht. Sie hält dies für «kriminell». «Es wurden Experimente an Menschen durchgeführt.»

Anton Theunissen nennt eine weitere mögliche Erklärung: Man habe versucht, den Produktionsprozess zu optimieren, aber das sei nicht immer gelungen. Die schädlichsten Chargen wurden dann stillschweigend vom Markt genommen.



Quelle: <https://uncutnews.ch/es-ist-noch-schlimmer-deutsche-wissenschaftler-enthuehlen-die-dunkle-wahrheit-ueber-die-pfizer-impfung/>

## «Die EU steht am Rande des Bankrotts», sagt Ungarns Orbán beim EU-Gipfel «European People's Party»

uncut-news.ch, Juli 5, 2023



Das Geld, das für die nächsten fünf Jahre vorgesehen war, ist bereits ausgegeben, sagt Ungarns Premierminister. Die erste Frage, die Ministerpräsident Viktor Orbán in seinem Facebook-Posting stellt, lautet: «Die einzige Frage, die jeder hier in Brüssel stellt, ist: Wo ist das Geld geblieben?»

Orbán nimmt derzeit am zweitägigen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel teil, und eines der heissesten Themen ist die Frage, wohin die Haushaltsmittel der EU verschwunden sind. Der ungarische Premierminister sagte, die Europäische Kommission habe einen Vorschlag zur Änderung des Haushalts vorgelegt, in dem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Dutzende von Milliarden Euro zu zahlen.

«Es stellt sich die Frage: Wie ist es zu dieser Situation gekommen und wie haben sie die Europäische Union an den Rand des Bankrotts gebracht?» fragte Orbán.



Orbán wies auch darauf hin, dass die EU mehr Geld von den Mitgliedstaaten verlange, obwohl ihr Siebenjahreshaushalt erst zwei Jahre alt sei. Mit anderen Worten: Das Geld, das zur Ausgabe genehmigt wurde und für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung stehen sollte, wurde bereits ausgegeben.



### **Der Premierminister zählte dann auf, was Brüssel für den Haushalt fordert.**

«Sie wollen 50 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten für die Ukraine, während sie nicht einmal über das Geld, das wir ihnen bisher gegeben haben, Rechenschaft ablegen können. Sie wollen mehr Geld von den Mitgliedsstaaten, damit sie die Zinsen für die Kredite der Europäischen Union bezahlen können, die sie zuvor aufgenommen haben. Das sind Kredite, von denen Polen und Ungarn bisher noch keinen einzigen Cent gesehen haben», sagte Orbán.

Orbán sagte, die EU-Kommission fordere von den Mitgliedstaaten mehr Geld für die Migration, nicht für den Grenzschutz, sondern um illegale Einwanderer ins Land zu holen.

«Natürlich haben sie auch ihre eigenen Taschen nicht vergessen. Sie fordern Milliarden von Euro, um die Gehälter der Brüsseler Bürokraten zu erhöhen», sagte er.

«Die ungarische Position ist klar», sagte er. «Zuerst wollen wir wissen, wofür die riesigen Summen, die wir ihnen bisher gegeben haben, ausgegeben wurden. Und dann wollen wir wissen, wer dafür verantwortlich ist, dass die Europäische Union am Rande des Bankrotts steht.»

Orbán nimmt am Donnerstag und Freitag am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU teil. Auf der Tagesordnung stehen hauptsächlich die Frage zusätzlicher finanzieller Unterstützung für die Ukraine, verbindliche Migrantenquoten und die Gestaltung der EU-Politik gegenüber China.

QUELLE: 'THE EU IS ON THE BRINK OF BANKRUPTCY,' SAYS HUNGARY'S ORBÁN AT EU SUMMIT

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-eu-steht-am-rande-des-bankrotts-sagt-ungarns-orban-beim-eu-gipfel/>

## **Die Hassprediger der links-grünen Minderheit zeigen offen ihre hässliche Fratze**

*Von Peter Haisenko, JULI 3, 2023*

Die Landratswahl im kleinen Sonneberg ist als solche eher unbedeutend. Es ist das Signal, das von dort ausgeht, das die links-grüne Minderheit in den Panikmodus versetzt hat. Bei der Stichwahl war die Wahlbeteiligung deutlich höher als im ersten Wahlgang. Was lässt sich daraus schliessen?

Allgemein ist zu beobachten, dass die Wahlbeteiligung stetig bergab gegangen ist. Erst die Möglichkeit, einer Partei die Stimme zu geben, von der erwartet werden kann, dass sie wirklich etwas verändern will, hat während der letzten Jahre den Trend gebrochen. Dennoch ist die niedrige Wahlbeteiligung immer noch ein Zustand, der einer Demokratie unwürdig ist. Das liegt an der weit verbreiteten Resignation, dass man mit seiner Stimme eigentlich nichts verändern kann. Sonneberg hat jetzt gezeigt, dass es doch möglich ist. Das ist es, was den selbsternannt «demokratischen» Parteien den Angstschweiss auf die Stirn treibt.

Wer seine Stimme der FDP oder der Linken gibt, kann nicht sicher sein, ob seine Stimme wegen der Fünf-Prozent-Hürde überhaupt Wirkung entfalten wird. Für diejenigen, die ihre Stimme an andere Splitterparteien geben, steht von vorn herein fest, dass sie keine parlamentarische Wirkung entfalten kann. Tatsächlich haben diese Stimmen aber schon eine Wirkung, und zwar eine negative, im Sinne derjenigen, die diese zu kleinen Parteien gewählt haben. Sie stabilisieren die Macht der etablierten Altparteien. Sie fallen nämlich heraus und weil wir ein Verhältniswahlrecht haben, verschieben sich dadurch die Verhältnisse zu Gunsten der Parteien, die die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnten.

### **Mehrheiten durch verlorene Stimmen**

Nehmen wir an, eine Partei erreicht 45 Prozent, hat also keine absolute Mehrheit. Wenn aber nur zehn Prozent der Stimmen an Parteien gegangen sind, die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind, dann hat diese 45-Prozent-Partei plötzlich die absolute Mehrheit an Sitzen im Parlament. Diese zehn Prozent an «verlorenen» Stimmen bewirken, dass die absolute Mehrheit jetzt nur noch aus 90 Prozent der Stimmen ermittelt wird. Bezieht man nun noch die Nichtwähler mit ein, kann eine Partei die absolute Parlamentsmehrheit erhalten, die tatsächlich von weniger als 30 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden ist. Dasselbe gilt auch dann, wenn eine Parlamentsmehrheit durch teils irrsinnige Koalitionen erzwungen wird. Das ist das System unserer gelobten Demokratie. Wie realistisch diese Betrachtung ist zeigt sich gerade daran, dass gerade noch 20 Prozent der Wähler mit der aktuellen Ampel-Koalition zufrieden sind.

In diesen Zustand platzt nun die Landratswahl in Sonneberg. War es bislang möglich, durch eine Einheitsfront der Altparteien Mehrheitsergebnisse von AfD-Kandidaten zu verhindern, funktionierte dieses undemokratische Verhalten in Sonneberg nicht mehr. Hat es noch funktioniert für Frankreichs Macron oder den Österreicher van der Bellen, haben Ungarn oder die Türkei gezeigt, wo dort die wahren Mehrheiten liegen. So wie jetzt in Sonneberg ist die widersinnige Allparteien-Koalition gescheitert. Aber was ist da in Sonneberg geschehen?



### Wird es zur Lawine?

Nach dem ersten Wahlgang, der eine relative Mehrheit für den AfD-Kandidat gebracht hat, haben die frustrierten Nichtwähler erkannt, dass sie in diesem Fall mit ihrer Stimme tatsächlich etwas bewirken können und sie sind zur Urne gegangen. Sie haben ihren Wunschkandidat zum Erfolg getragen. Nun ist in Raguhn-Jessnitz in Sachsen-Anhalt dasselbe abgelaufen. Der AfD-Kandidat Hannes Loth ist im zweiten Wahlgang zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt worden. Allerdings muss man sagen, dass beide Wahlerfolge nicht berauschend ausgefallen sind. Es war knapp. Interessanter waren aber die Ergebnisse des ersten Wahlgangs.

In beiden Fällen konnten die AfD-Kandidaten mehr als 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Das sagt mehr aus, als das Ergebnis einer Stichwahl, wo nur noch zwei Kandidaten übrig sind. Während in Sonneberg noch der Versuch mit einer Allparteienkoalition gescheitert ist, konnte dieses Verfahren in Raguhn-Jessnitz gar nicht angewendet werden. Der Gegenkandidat zum AfD-Mann ist parteilos und die Kandidaten der Altparteien waren mit einstelligen Ergebnissen chancenlos. Aber dennoch ist auch in Raguhn-Jessnitz der Faktor zu beobachten, dass im zweiten Wahlgang die Wahlbeteiligung deutlich höher war. Nicht vergessen: Der erste Wahlgang war vor dem Erfolg in Sonneberg. Haben also die Signale aus Sonneberg auch in Raguhn-Jessnitz dazu geführt, dass mehr Nichtwähler erkannt haben, dass sie mit ihrer Stimme doch etwas bewirken können? Das ist es wohl, was den Altparteien den Angstscheiss auf die Stirn treibt und so lassen diese jetzt ihrem Hass freien Lauf.

### Der ÖRR hetzt gegen (rechts)

Am Sonntagmorgen habe ich mir während meiner morgendlichen Verrichtungen einen Beitrag auf BR24 angehört. Das Gespräch der drei Teilnehmer ging um den Wahlerfolg der AfD in Sonneberg. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Gesprächsteilnehmer stramme AfD-Hasser. Eine rationale Betrachtung des Vorgangs gab es nicht. Man reihte sich ein in den Kanon der Altparteien, dass ein aufrechter Demokrat auf keinen Fall eine (gesichert rechtsextreme) Partei wählen dürfe. Die üblichen Anwürfe wurden wiederholt, die AfD könne nichts anderes, als Hass verbreiten. So wie der (Stern) titelte: Frau Weidel, können sie auch etwas anderes, als Hass. Tatsache aber ist, dass ich noch nie etwas von AfD-Politikern gehört habe, was geeignet wäre, Hass zu erzeugen.

Ja, die AfD legt ihre Finger in offene Wunden. Aber da geht es nicht um Hass, sondern um wertfreie Fakten. Das Gespräch bei BR 24 hingegen triefte nur so von offenem Hass gegen alles, was nicht links-grün-bekennend ist. Und ist es etwas anderes als die Manifestierung blanken Hasses, wenn der Chefreporter des MDR Michael Voss auf Twitter verlauten lässt: «Schützt die Demokratie und boykottiert den Landkreis Sonneberg im Tourismus, in der Wirtschaft und auf allen Ebenen.» Das ist blinder, hilfloser Hass. So, wie Thüringens Verfassungsschutzchef Stefan Kramer alle AfD-Wähler als (braunen Bodensatz) bezeichnet. Also zwanzig Prozent der Wähler sind brauner Bodensatz?

### Die übliche Methode des Wertewestens

Es spielt sich innerhalb Deutschlands dasselbe ab, was der Wertewesten weltweit fortlaufen tut. Das, was man selbst andauernd tut, wirft man den Feinden vor, die es gar nicht tun. Der Umgang mit der AfD und allen, die nicht die links-grüne Agenda unterstützen, ist eine durchgängige Hassorgie. Allein der Umstand, dass die Altparteien sich selbst als demokratische Parteien bezeichnen und der AfD das absprechen, sollte zu denken geben. War es nicht so, dass sich die meisten kommunistischen Staaten in ihrem Namen demokratisch genannt haben, aber bestenfalls Karikaturen von echter Demokratie waren? Das Verhalten der Altparteien zeigt dasselbe Muster.

Die Innenministerin will jetzt die AfD verbieten lassen. Natürlich wird sie damit scheitern, aber kommt sie allein mit dieser Idee nicht auf das Niveau der Ukraine, die sämtliche Oppositionsparteien verboten hat? Ist das nicht das Gebaren einer Diktatur? Was macht den Altparteien so viel Angst? Ich denke, es sind die Signale, die von Sonneberg und Raguhn-Jessnitz ausgehen. Nämlich dass frustrierte Nichtwähler vermehrt doch zur Urne gehen, weil sie sehen können, dass ihre Stimme zu einer Veränderung im Land beitragen kann. Vergessen wir nicht, dass das Potential der Nichtwähler bei 40 Prozent liegt.

### Altparteien können keine Nichtwähler mobilisieren

Man kann davon ausgehen, dass die Mehrzahl von denen ihre Stimme nicht den Versagern und Wirtschaftszerstörern der Altparteien geben wird. Die haben nämlich keine rationalen Argumente, die frustrierte Nichtwähler überzeugen können. Die Wähler sind es leid, den Irrsinn, die Genderei, die Kriegstreiberei und die Gängelungen der rot-grünen Klimasekte zu ertragen. Auch die CDU/CSU bieten hier keine Alternative. Sie sind genauso stramm für Krieg und den Klimawahnsinn. Die sind sich nicht zu blöde, eine (Agenda für Deutschland) zu proklamieren, die abgekürzt AfD lautet.

Wie jetzt ermittelt wurde, sind viele AfD-Wähler nicht mehr Protestwähler. Sie wollen, dass die AfD-Politiker den Wahnsinn beenden und hoffen auf eine Politik, die für Deutschland ist und nicht für die Zerstörung unseres Wohlstands in unserem schönen Land. Und weil es eben an Argumenten der Altparteien fehlt,

bleibt nur noch Hass und Diffamierung übrig, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Allerdings zeigt jetzt sich auch, dass genau das den gegenteiligen Effekt haben kann. So kann es geschehen, dass wir in Deutschland ein neues Wahlverhalten erleben werden. Nämlich, dass Wähler ihre Stimme nicht mehr abgeben, um eine andere Partei zu verhindern, sondern weil sie wollen, dass «ihre» Partei das Land führt. In eine Zukunft, die nicht mehr vom Hass auf Deutschland bestimmt ist. Siehe Habeck, Roth & Co.

Die Erfolge der AfD beruhen auch darauf, dass sie Maulwürfe und andere Fremdeinflüsse mehr und mehr identifizieren und aussortieren konnte. So, wie den Ex-Parteichef Meuthen, der jüngst noch aus dem EU-Parlament behauptet hat, dass es in der AfD keine geeigneten Fachleute für eine Regierung gäbe. Hören Sie mal Reden von AfD-Leuten im Bundestag an und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil. Die Frage steht allerdings im Raum, inwieweit das Werk des Ex-Bundestagsabgeordneten Hansjörg Müller «Scheindemokratie» zu dieser Säuberung beigetragen hat. Doch machen Sie sich auch dazu Ihr eigenes Bild, indem Sie lesen, was Müller da alles aufgedeckt hat. Bestellen Sie Ihr Exemplar «Scheindemokratie» direkt beim Verlag hier oder erwerben Sie es in Ihren Buchhandel.



Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20232/die-hassprediger-der-links-gruenen-minderheit-zeigen-offen-ihre-haessliche-fratze/>



05. Juli 2023 um 8:45

Ein Artikel von: Albrecht Müller

Ein Artikel von: Albrecht Müller; 5. Juli 2023 um 8:45

Für zwei Bundeskanzler – für Willy Brandt und für Helmut Schmidt – habe ich als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt gearbeitet, und für einen dritten – für Gerhard Schröder – im Vorfeld seiner Kanzlerschaft.

Keiner dieser drei Bundeskanzler und auch nicht jene von der CDU, also Kiesinger und Helmut Kohl, die ich in Bonn erlebt habe, liessen sich unentwegt vor Panzern und anderem Militärgerät fotografieren. Heute ist das gängige Praxis. Das wird mittel- bis langfristig gesellschaftsprägend wirken. Unsere Kinder und Enkel wachsen mit diesen Bildern auf. Sie werden so an militärische Rüstung gewöhnt und Abrüstung nur schwer noch als politisches Ziel begreifen. Albrecht Müller.

Das oben wiedergegebene Foto mit Bundeskanzler Scholz vor einem Panzer stammt von diesem gestrigen Beitrag der Tagesschau. Dieser Artikel und das entsprechende Foto sind kein Einzelfall. Die Öffentlichkeit wird unentwegt mit solchen Fotos und den entsprechenden Artikeln konfrontiert – belästigt, kann man nicht sagen, weil die Öffentlichkeit offenbar jetzt schon so an die Präsenz des Militärischen gewöhnt ist, dass es keinen Widerstand mehr gibt.

**Im Folgenden werden ein paar Begegnungen A. des Bundesverteidigungsministers Pistorius, B. des Bundeskanzlers Olaf Scholz und C. der Bundesaussenministerin Annalena Baerbock dokumentiert. Die Präsenz und die Resonanz des Militärischen ist «beeindruckend»:**

**Betrifft Pistorius und das Militär:**

## Stimmung in der Bundeswehr: Warum Pistorius bei Soldaten gut ankommt

von Nils Metzger 17.6.2023 12:30 Uhr

Boris Pistorius will die Bundeswehr umkrempeln. In der Truppe kann er damit punkten. Aber ist die Beliebtheit von Dauer? So denken Soldaten über ihren Minister.

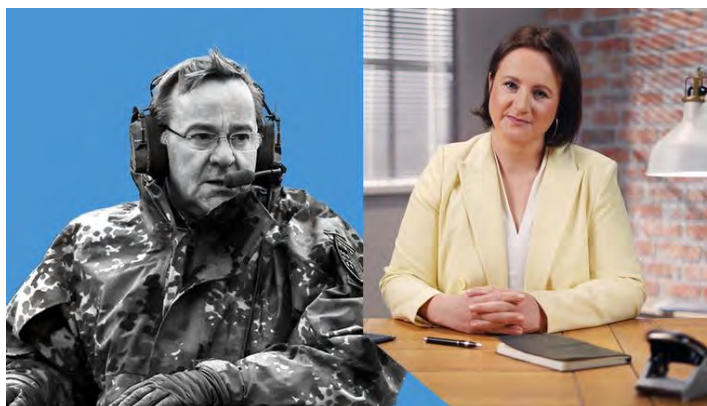


Laut ZDF-Politbarometer ist Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) seit Monaten der beliebteste Politiker Deutschlands. Und auch in der Bundeswehr selbst hat mit dem Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums (BMVg) ein Stimmungswandel eingesetzt. ...

[zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-minister-pistorius-beliebtheit-soldaten-zeitenwende-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-minister-pistorius-beliebtheit-soldaten-zeitenwende-100.html)

### Welche Veränderungen kamen unter Pistorius?

Pistorius verordnete seinen Beamten Tempo und Kreativität bei der Beschaffung und tauschte eine ganze Reihe an Köpfen bis hoch zu Generalinspekteur Eberhard Zorn aus. Die Büros der BMVg-Leitungsebene wurden radikal verkleinert, stattdessen kam ein zentraler Planungs- und Führungsstab zurück. Das Ziel: Komplexität bürokratischer Prozesse vereinfachen. Dafür gab es im April parteiübergreifendes Lob.



Deutschlands beliebtester Politiker heisst aktuell: Boris Pistorius. Erste Bilanz des neuen Verteidigungsministers: Er kommt gut an – innen- wie aussenpolitisch. Wie macht er das?

22.4.2023

**Olaf Scholz und das Militär****1. Kanzler Scholz: Deutschland hat bald grösste konventionelle Nato-Armee in Europa**

Deutschland steckt 100 Milliarden Euro in seine Streitkräfte. Kanzler Scholz sieht das auch als Investition in die Sicherheit Europas. Verärgert stimmt ihn die Kritik an den deutschen Waffenexporten.

31.5.2022, 2.20 Uhr

**Olaf Scholz mit Soldaten der Bundeswehr im Niger (am 23. Mai)**

Foto: Michael Kappeler / dpa

[spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-deutschland-hat-bald-groesste-konventionelle-nato-armee-in-europa-a-ab463e8f-2603-4ecd-b2be-8930d7d5fcd1](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-deutschland-hat-bald-groesste-konventionelle-nato-armee-in-europa-a-ab463e8f-2603-4ecd-b2be-8930d7d5fcd1)

**2. Air Defender: Kanzler Scholz will in Jagel Wehrhaftigkeit untermauern**

Stand: 16.06.2023 15:26 Uhr



Olaf Scholz hat sich am Freitag ein Bild vom Luftwaffenmanöver Air Defender gemacht. Auf dem Fliegerhorst Jagel setzte er sich zum Auftakt seines Besuchs in einen Eurofighter und gab anschliessend ein Statement ab.

Air Defender: Kanzler Scholz will in Jagel Wehrhaftigkeit untermauern | NDR.de – Nachrichten – Schleswig-Holstein

**3. Gastbeitrag in «Foreign Affairs»**

**Scholz will stärkere militärische Rolle Deutschlands – und bekräftigt Kauf von F-35-Jets**



Das Verteidigungsministerium warnt vor Ungereimtheiten beim geplanten Kauf von neuen US-Kampffjets. Nun hat der Kanzler den Deal in einem Aufsatz verteidigt, der auch Deutschlands künftige Rolle in der Nato beschreibt.

5.12.2022, 12.01 Uhr

[spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-fordert-in-foreign-affairs-staerkere-militaerische-rolle-deutschlands-a-38cd0ac5-90af-4a94-be57-0adcd6aa7b04](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-fordert-in-foreign-affairs-staerkere-militaerische-rolle-deutschlands-a-38cd0ac5-90af-4a94-be57-0adcd6aa7b04)

#### 4. Ein Kanzler im Kampffjet: Scholz besucht «Air Defender»

ZDF: [zdf.de](https://www.zdf.de) › Nachrichten › Politik

#### 5. 16.6.2023 — Der Kanzler hat schon mehrfach zeigen wollen, dass er keine Berührungsängste mit schwerem militärischem Gerät hat. Beim Truppenbesuch auf ...

Kanzler besucht Territoriales Führungskommando der ...

Bundesregierung

[bundesregierung.de › breg-de › suche › k...](https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/k...)

28.02.2023 — Bundeskanzler Scholz hat das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr besucht, das im September 2022 in der Julius-Leber-Kaserne in ...

#### 6. 16.9.2022 — Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei der Bundeswehrtagung 2022 die Zeitenwende als echten Paradigmenwechsel für die Streitkräfte bezeichnet.

#### 7. Der Kanzler und die Marine-Speerspitze der NATO

Bundeswehr

[bundeswehr.de › marine › aktuelles › bun...](https://www.bundeswehr.de/marine/aktuelles/bun...)

07.6.2023 — Bundeskanzler Olaf Scholz ist am 5. Juni bei der Deutschen Marine gewesen. Zeitenwende und Sondervermögen haben für ihn auch eine klare ...

#### 8. Der Kanzler im Panzer: Olaf Scholz' Mission ...

T-Online

[t-online.de › ... › Militär & Verteidigung](https://www.t-online.de/.../Militär_und_Verteidigung)

### Aussenministerin Baerbock beim Militär

#### 1. Baerbock beim militär – Google Suche



Einsatz in Mali auf der Kippe

#### 2. Baerbock bei Bundeswehr in Gao eingetroffen

Stand: 12.4.2022 13:40 Uhr

**Es reicht. – Ihnen vermutlich auch.**

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=1>

## Proteste in Frankreich gehen weiter: Erste Plünderungen und weitere Brände in Paris

RT Deutsch, Fr, 30 Jun 2023 08:20 UTC

Nach den tödlichen Schüssen auf einen 17-Jährigen dauern die Unruhen in Frankreich an. Der Beamte wurde nun festgenommen. Auch in der belgischen Hauptstadt Brüssel kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.



© AFP / Zakaria ABDELKAFI

Der Polizist, der am Dienstag in Nanterre, einem Pariser Vorort, den Tod eines 17-jährigen Jungen durch einen Schuss in das fortfahrende Auto verursacht haben soll, wurde am 29. Juni in Untersuchungshaft genommen. Zuvor war der Beamte wegen «vorsätzlicher Tötung» angeklagt worden. Der ermittelnde Staatsanwalt von Nanterre hatte die Inhaftierung «in Anbetracht der Fakten und der Notwendigkeit, die Ermittlungen aufrechtzuerhalten» beantragt.

Im Anschluss an einen Trauermarsch für den erschossenen Jugendlichen in Nanterre mit rund 6000 Teilnehmern kam es am Donnerstagabend zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei. Die Beamten wurden mit Molotow-Cocktails beworfen. In der Vorstadt eskalierte dann die Gewalt ununterbrochen, so wurde eine Filiale der Bank Credit Mutuel in Brand gesteckt, wobei die Flammen auf ein darüber gelegenes Wohngebäude übergriffen. Die Feuerwehr löschte den Brand, ohne dass Menschen zu Schaden kamen.



In der Nacht lieferten sich protestierende Einwohner und die Polizei landesweit regelrechte Strassenschlachten. Unter anderem wurde ein Bus-Depot nördlich von Paris angezündet:



40'000 Polizisten waren in der Nacht auf Freitag landesweit mobilisiert. So in Lille, Lyon, Toulouse und in Bordeaux. In Grenoble wurde ein fahrender Bus mit Feuerwerkskörpern beschossen. Dieses Video ist aus der Stadt Lille, im Norden Frankreichs, nahe der Grenze zu Belgien.



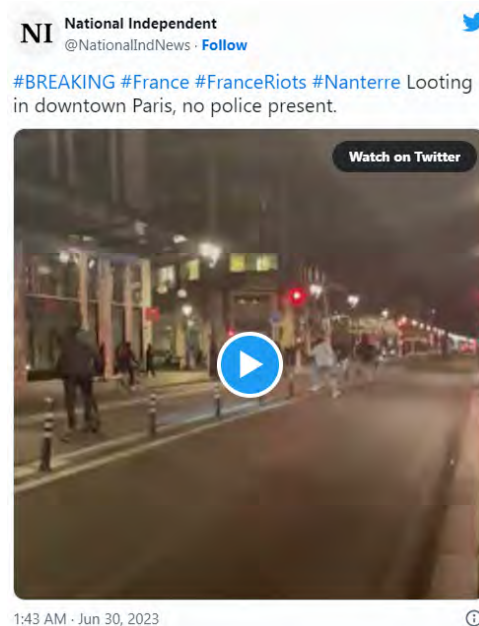
Auch in der belgischen Hauptstadt Brüssel ist es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften gekommen. Nach Angaben der belgischen Nachrichtenagentur Belga wurden etwa 30 Menschen festgenommen, ein Grossteil davon waren Minderjährige. Ein Teil des öffentlichen Personennahverkehrs musste eingestellt werden.

Am Donnerstag stellten die beiden mit den Ermittlungen beauftragten Untersuchungsrichter laut «Le Parisien» fest, «dass der Einsatz der Waffe durch den Brigadier weder der Notwehr noch Artikel L. 435-1 des Gesetzes über innere Sicherheit entsprach, der es Polizisten und Gendarmen erlaubt, bei einer Befehlsverweigerung das Feuer zu eröffnen».

In Polizeigewahrsam erklärte der verantwortliche 38-jährige Polizist seine Tat bei der Personenkontrolle damit, dass er «eine weitere Flucht verhindern wollte» und dass er aufgrund der Gefährlichkeit des Fahrstils Angst gehabt habe, «dass jemand überfahren werden könnte». Zudem befürchtete der Beamte, beim spontanen Losfahren des 17-Jährigen verletzt zu werden. Die weiteren Ermittlungen müssen die Umstände des Schusses klären.

Zwei Motorradpolizisten wollten zunächst das von dem Jugendlichen gesteuerte Fahrzeug kontrollieren, das mit hoher Geschwindigkeit «auf einer Busspur» fuhr. Dabei forderten sie ihn vergeblich zum Anhalten auf. Einige Dutzend Meter weiter steckte der gelbe Mercedes des jungen Mannes dann im Stau fest und es kam zu der tödlichen Tragödie.

Bei den eskalierenden Protesten kam es auch zu Plünderungen und ausufernden Zerstörungswellen:



Quelle: <https://de.sott.net/article/35769-Protteste-in-Frankreich-gehen-weiter-Erste-Plunderungen-und-weitere-Brande-in-Paris>

## Nicht gelieferter Impfstoff zum Schnäppchenpreis

1. Juli 2023 WiKa Analyse, Hintergrund, Wirtschaft

**Absurdistan:** Ursula von den Laien ist mit dem Albert Bourla ganz gross rausgekommen. Im Alleingang hat sie so viel Impfdosen/Impfstoff bei ihrem Kumpel bestellt, dass der Albert sich über Jahre hinaus keine Sorgen um die Profite seiner Pharma-Bude machen muss. Diese Fürsorglichkeit geht nur, weil der EU-Steuer-Goldesel das zwangsweise so deckelt. Ein Mitspracherecht hat er natürlich nicht, weil die EU-Demokratie das nicht vorsieht. Da können zwar einige Leute kräftig schreien, aber in der Regel steht danach nichts auf, weil der Lobby-Filz in Brüssel das alles sehr gut im Griff hat.

Ja, dann waren da noch die Polen. Die wollten dem neuerlichen, grossherzigen Deal der Leyen-EU-Mafia mit Pfizer nicht mehr zustimmen. Kann man nachlesen. Allein schon weil so viel Spritzmittel, von dieser inzwischen durchaus fragwürdigen Brühe, gar nicht mehr benötigt wird. Die Suppe soll dem Vernehmen nach weiterhin bis 2026 geliefert werden. Das sieht ganz nach einem 5-Jahres-Plan aus. Zitieren wir mal aus dem zuvor verlinkten Artikel.



Trotz der Unabwägbarkeiten lässt sich eine Rechnung aufmachen: Nach Pfizers Vorschlag sollen bis 2026 jährlich 70 Millionen Impfdosen geliefert werden:  $4 \times 70 \text{ Millionen} = 280 \text{ Millionen}$ . Nimmt man die laut



Vertrag von Mai 2021 noch ausstehende Gesamtlieferung von 450 bis 500 Millionen Dosen als Grundlage, so beläuft sich die Menge der Impfdosen, die nicht geliefert werden, auf 170 bis 220 Millionen, die mit zehn Euro pro Dosis abgegolten werden sollen. Das wären zwischen 1,7 und 2,2 Milliarden Euro für nichts. Mit gesundem Menschenverstand betrachtet muss man den Polen in der Sache irgendwie zustimmen ... soweit man noch an sinnvolles Sparen denken kann. Sicher, da gibt es noch weitere «Widerspenstige» innerhalb der EU. Die setzen sich sogleich in Widerspruch zu Leyen-EU und laufen Gefahr bei anderer Gelegenheit bei den Eiern gepackt zu werden. Davon wissen die Polen bereits ein Lied zu singen.

### **Erstaunlich, sogar Reuters bringt es auf den Punkt**

an der goldgrube 12 biontech qp Die Nachrichtenagentur Reuters titelte einmal zum Deal-Vorschlag «Halber Preis für nichts» und erwähnte beiläufig auch die Goldgrube in Deutschland. Da sah die Information dann so aus:

Der neue Vorschlag von Pfizer Inc. und BioNTech an die Europäische Union inmitten eines Überflusses an Covid-19-Impfstoffen sieht vor, dass die Mitgliedstaaten für jede der etwa 70 Millionen stornierten Dosen die Hälfte des Preises, d. h. etwa 10 Euro zahlen.



Und spätestens hier soll dem Leser klar werden, dass es sich mal wieder um ein absolutes Super-Schnäppchen handelt. Da muss man nämlich für diesen Teil der Nichtlieferung auch keine Entsorgung des Sondermülls mehr einkalkulieren. Weg ist weg, egal wie. Die Freude über diese Einsparung soll aus EU-Sicht das zugrundeliegende Ungemach wieder aufwiegen. Dass sowas tatsächlich nach hinten losgehen kann, zeigt die aktuell angelaufene Entsorgung von Gesichtsverhüllungen, die Jens Spahn in einem Anfall epidemischer Erregtheit zu exorbitanten Preisen beschafft hat. Jetzt dürfen sie relativ kostengünstig, auf Steuerzahlerkosten, tatsächlich vernichtet werden. Damit sind und bleiben wir Weltmeister aller Kassen.

### **Fazit**

Wir werden noch ein paar derbe COVID-Wellen benötigen, um die Leyen-EU vor der grossen Blamage zu bewahren. Gottlob sind die Haltbarkeiten der Impfstoffe inzwischen gefühlt auf «unendlich» ausgedehnt worden, so dass keine vorzeitige Vernichtung dieser Edelgifte auf Steuerzahlerkosten die Diskussion belastet. Und um die Wogen flach zu halten, bekommt die grosse – zu bespritzende – Meute, selbstverständlich niemals die ganzen Verträge zu Gesicht, sondern immer nur ein paar Bröckchen daraus, die die Protagonisten für weniger belastend halten. Der Bürger ist halt nicht mündig und könnte mit den Fakten ohnehin nicht umgehen.

Pfizer und BioNTech haben in diesem Zusammenhang eine wundervolle Presseerklärung herausgegeben. Darin ist zu dem eigentlichen Kuhhandel so gut wie gar nichts verlautbart, allenthalben ein wenig Blabla. Stattdessen hat man die Gelegenheit genutzt, um die Liste der möglichen Nebenwirkungen und Anzeichen für gesundheitliche Schäden ebenso gefühlt unendlich zu verlängern. Wer sich für all die Risiken interessiert, die todsichere Gentherapien heute so mit sich bringen, dem sei die erwähnte Pressemeldung, zwecks des Studiums, wärmstens ans Herz gelegt.

Quelle: <https://qpress.de/2023/07/01/nicht-gelieferter-impfstoff-schnaepchenpreis/>

## **«Der Weg, das Verständnis des Ukraine-Krieges zu verhindern, besteht darin, seine Geschichte zu unterdrücken.»**

Autor: Joe Lauria, 1. Juli 2023

(Red.) Man kann es nicht genug wiederholen: Der Krieg in der Ukraine hat eine Vorgeschichte, die nicht einfach unter den Teppich gewischt werden darf, um Putins vermeintliche Alleinschuld zu beweisen, wie es

seit Februar 2022 die grossen deutschsprachigen Medien tun. Eine der Plattformen, die ausschliesslich aus den freiwilligen Spenden der Leser und Leserinnen finanziert wird, ist «Consortium News» in den USA. Deren Chefredakteur Joe Lauria hat eben diese Vorgeschichte des Ukraine-Krieges in einer Art Zeit-Tabelle nochmals in Erinnerung gerufen. Die daraus zu ziehenden Schlüsse überlässt er dem aufmerksamen Leser. (cm)



Eine Karikaturversion besagt, dass der Konflikt im Februar 2022 begann, als Wladimir Putin eines Morgens aufwachte und beschloss, in die Ukraine einzufallen. Nach dieser Version gab es keine andere Ursache als die unprovokierte russische Aggression gegen ein unschuldiges Land. Bitte verwenden Sie den folgenden kurzen historischen Leitfaden, um ihn mit den Menschen zu teilen, die immer noch in den lächerlichen Zeitungsseiten blättern, um herauszufinden, was in der Ukraine vor sich geht. Die Mainstream-Berichterstattung ist nämlich wie ein Roman, den man mitten im Buch aufschlägt, um dort irgend ein Kapitel zu lesen, als ob es der Anfang der Geschichte wäre.

In dreissig Jahren werden Historiker über den Kontext des Ukraine-Krieges schreiben: Den Putsch, den Angriff auf den Donbass, die NATO-Erweiterung, die Ablehnung russischer Vertragsvorschläge – ohne deshalb als Putin-Marionetten bezeichnet zu werden. Es wird so sein, wie Historiker über den Versailler Vertrag als Ursache für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg schreiben, deshalb aber nicht als NAZI-Sympathisanten bezeichnet werden. Doch solange der Krieg in der Ukraine andauert, ist es ein Tabu, über diesen Kontext zu berichten, wie es auch im Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen wäre. Solange der Krieg andauert, müssen sich die Journalisten an die Kriegspropaganda halten. Lange nach dem Krieg steht es dann den Historikern frei, die Fakten zu sichten. Journalisten haben heute eindeutig nicht die gleichen Freiheiten wie die künftigen Historiker.

(Wegen unserer Bemühungen, in Echtzeit über die Lage in der Ukraine zu berichten, die Sie unten zusammengefasst finden, haben PropOrNot, PayPal und NewsGuard versucht, uns zu behindern, und Hamilton 68 hat den Redakteur von Consortium News auf sein Desinformations-«Dashboard» gesetzt. Consortium News hat sich dank der grosszügigen Unterstützung seiner Leser nicht beirren lassen.)

### Die Geschichte der Ukraine in einer Zeit-Tabelle

**Zweiter Weltkrieg:** Ukrainische Nationalfaschisten unter der Führung von Stepan Bandera, die zunächst mit den deutschen Nazis verbündet waren, ermorden mehr als hunderttausend Juden und Polen.

**1950er bis 1990:** Die CIA bringt ukrainische Faschisten in die USA und arbeitet mit ihnen zusammen, um die Sowjetunion in der Ukraine zu untergraben. Der ukrainische Faschistenführer Mykola Lebed wurde nach New York gebracht, wo er mindestens bis in die 1960er Jahre mit der CIA zusammenarbeitete und der CIA noch bis 1991, dem Jahr der Unabhängigkeit der Ukraine, nützlich war. Die Beweise dafür finden Sie in einem Bericht der US-Regierung ab Seite 82.

**November 1990:** Ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer wird die «Charta von Paris» für ein neues Europa von den USA, Europa und der Sowjetunion angenommen. Die Charta basiert auf den Vereinbarungen von Helsinki und wird 1999 in der Charta für Europäische Sicherheit aktualisiert. Diese Dokumente sind die Grundlage der «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa». Die OSZE-Charta besagt, dass kein Land oder Block seine eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen Landes wahren kann.

**25. Dezember 1991:** Die Sowjetunion bricht zusammen. In den folgenden zehn Jahren ziehen Wall Street und Washington in Russland ein, um das Land von ehemals staatlichem Eigentum zu befreien, sich zu bereichern, Oligarchen hervorzubringen und das russische, ukrainische und andere ehemalige sowjetische Völker in die Verarmung zu bringen.

**1990er Jahre:** Die USA brechen ihr Versprechen gegenüber dem letzten sowjetischen Führer Gorbatschow, als Gegenleistung für ein vereinigtes Deutschland die NATO nicht auf Osteuropa auszuweiten. George

Kennan, der führende Experte der US-Regierung für die UdSSR, warnt vor einer Erweiterung. Senator Joe Biden, der die NATO-Erweiterung unterstützt, sagt voraus, dass Russland feindselig darauf reagieren wird. **1997:** Zbigniew Brzezinski, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater der USA, schreibt 1997 in seinem Buch *«The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives»*, das Folgende: «Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Platz auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiges Land dazu beiträgt, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Russland kann ohne die Ukraine immer noch einen imperialen Status anstreben, aber es würde dann ein vorwiegend asiatischer imperialer Staat werden.»

**Silvesternacht 1999:** Nach acht Jahren der Vorherrschaft der USA und der Wall Street wird Wladimir Putin Präsident von Russland. Bill Clinton weist ihn im Jahr 2000 zurück, als er um den Beitritt zur NATO bittet. Putin beginnt, die Tür für westliche Eindringlinge zu schliessen, stellt die russische Souveränität wieder her und verärgert damit Washington und die Wall Street. Der gleiche Prozess findet in der Ukraine nicht statt, die weiterhin der westlichen Ausbeutung und Verarmung der ukrainischen Bevölkerung ausgesetzt ist.

**10. Februar 2007:** Putin hält seine Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er den aggressiven Unilateralismus der USA verurteilt, einschliesslich der illegalen Invasion im Irak 2003 und der NATO-Osterweiterung. Er sagte:

«Wir haben das Recht zu fragen: Gegen wen ist diese [NATO-]Erweiterung gerichtet? Und was ist aus den Zusicherungen geworden, die unsere westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Pakts gegeben haben? Wo sind diese Erklärungen heute? Niemand erinnert sich an sie.» (Siehe dazu das Video mit englischen Untertiteln.)

Putin sagte das drei Jahre, nachdem die baltischen Staaten, ehemalige Sowjetrepubliken, die an Russland grenzen, der westlichen Allianz beigetreten sind. Der Westen demütigt Putin und Russland, indem er dessen berechnete Bedenken ignoriert. Und ein Jahr nach seiner Rede erklärt die NATO, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder werden sollen. Vier ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten treten 2009 der NATO bei.

**2004/5:** Orange Revolution. Die Wahlergebnisse werden annulliert, so dass der mit den USA verbündete Viktor Juschtschenko in einer Stichwahl die Präsidentschaft über Viktor Janukowitsch erringt. Juschtschenko ernennt den Faschistenführer Bandera zum «Helden der Ukraine».

**3. April 2008:** Auf einer NATO-Konferenz in Bukarest werden in einer Gipfelerklärung «die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens für eine Mitgliedschaft in der NATO begrüsst. Wir haben heute vereinbart, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden». Russland widerspricht heftig. William Burns, der damalige US-Botschafter in Russland und heutige CIA-Direktor, warnt in einem Telegramm Washington, das von WikiLeaks veröffentlicht wurde:

«Aussenminister Lawrow und andere hochrangige Beamte haben ihre starke Ablehnung bekräftigt und betont, dass Russland eine weitere Osterweiterung als potenzielle militärische Bedrohung ansehen würde. Die NATO-Erweiterung, insbesondere um die Ukraine, ist für Russland nach wie vor «ein emotionales und neuralgisches» Thema, aber auch strategisch-politische Erwägungen liegen der starken Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens zugrunde. In der Ukraine wird unter anderem befürchtet, dass diese Frage das Land in zwei Teile spalten könnte, was zu Gewalt oder sogar, wie manche behaupten, zu einem Bürgerkrieg führen könnte, was Russland zu einer Entscheidung über ein Eingreifen zwingen würde. ... Lawrow betonte, dass Russland die fortgesetzte Osterweiterung der NATO, insbesondere in der Ukraine und in Georgien, als eine potenzielle militärische Bedrohung ansehen muss.»

Vier Monate später bricht in Georgien eine Krise aus, die zu einem kurzen Krieg mit Russland führt, den die Europäische Union auf eine Provokation durch Georgien zurückführt. (Eine eingehende Untersuchung im Auftrag der EU zeigte klar, dass die ersten Schüsse auf Befehl von Georgiens Staatspräsident Micheil Saakaschwili erfolgten. Red.)

**November 2009:** Russland strebt eine neue Sicherheitsvereinbarung in Europa an. Moskau veröffentlicht den Entwurf eines Vorschlags für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, die nach Ansicht des Kremls überholte Institutionen wie die NATO und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ersetzen soll. – Der Text, der am 29. November auf der Website des Kremls veröffentlicht wurde, kommt mehr als ein Jahr, nachdem Präsident Dmitri Medwedew das Thema zum ersten Mal formell angesprochen hat. In einer Rede in Berlin im Juni 2008 sagte Medwedew, der neue Pakt sei notwendig, um die Vereinbarungen aus der Zeit des Kalten Krieges endlich zu aktualisieren.

«Ich bin überzeugt, dass die Probleme Europas erst dann gelöst werden können, wenn seine Einheit hergestellt ist, eine organische Ganzheit aller seiner Bestandteile, einschliesslich Russlands», sagte Medwedew.

**2010:** Viktor Janukowitsch wird in einer freien und fairen Wahl zum Präsidenten der Ukraine gewählt, wie die OSZE festgestellt hat.

**2013:** Janukowitsch entscheidet sich für ein Wirtschaftspaket mit Russland und nicht für ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Dies bedroht die westlichen Ausbeuter in der Ukraine und die ukrainischen Kompradoren, politischen Führer und Oligarchen.

**Februar 2014:** Janukowitsch wird in einem gewaltsamen, von den USA unterstützten Putsch gestürzt (der durch das Nuland-Pyatt-Abkommen vorbereitet wurde), wobei ukrainische faschistische Gruppen wie der Rechte Sektor eine führende Rolle spielen. Ukrainische Faschisten ziehen in Fackelparaden mit Bandera-Porträts durch die Städte.

**16. März 2014:** In Ablehnung des Putsches und der verfassungswidrigen Einsetzung einer antirussischen Regierung in Kiew stimmen die Krimbewohner in einem Referendum mit 97 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 89 Prozent für den Anschluss der Krim an Russland. Die private Militärorganisation Wagner wird gegründet, um die Krim zu unterstützen. Bei dem, was die westlichen Medien fälschlicherweise als «russische Invasion der Krim» darstellen, sind keine Schüsse gefallen und niemand wurde getötet.

**4. Mai 2014:** Dutzende russischstämmige Demonstranten werden in einem Gebäude in Odessa von neonazistischen Schlägern bei lebendigem Leibe verbrannt. Fünf Tage später erklären Luhansk und Donezk ihre Unabhängigkeit und stimmen dafür, die Ukraine zu verlassen.

**12. April 2014:** Die Putschregierung in Kiew beginnt einen Krieg gegen die putschkritischen, pro-demokratischen Separatisten im Donbass. Das offen neonazistische Asow-Bataillon spielt eine Schlüsselrolle bei den Kämpfen für Kiew. Wagner-Truppen treffen ein, um die Milizen im Donbass zu unterstützen. Die USA übertreiben erneut und sprechen von einer russischen «Invasion» in der Ukraine. «Man verhält sich im 21. Jahrhundert einfach nicht wie im 19. Jahrhundert, indem man unter einem völlig erfundenen Vorwand in ein anderes Land einmarschiert», sagt US-Aussenminister John Kerry, der seinerseits als Senator 2003 für die US-Invasion im Irak unter einem völlig erfundenen Vorwand gestimmt hatte.

**5. September 2014:** Das erste Minsker Abkommen wird in Minsk, Weissrussland, von Russland, der Ukraine, der OSZE und den Führern der abtrünnigen Donbass-Republiken unter Vermittlung von Deutschland und Frankreich in einem Normandie-Format unterzeichnet. Es gelingt nicht, den Konflikt zu lösen.

**12. Februar 2015:** In Weissrussland wird Minsk II unterzeichnet, das die Kämpfe beenden und den Republiken Autonomie gewähren sollte, während sie aber Teil der Ukraine bleiben. Das Abkommen wird am 15. Februar vom UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligt. Im Dezember 2022 gibt die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu, dass der Westen nie die Absicht hatte, auf die Umsetzung von Minsk II zu drängen, und dass er es im Wesentlichen als Trick benutzte, um der NAT-Zeit zu geben, die ukrainischen Streitkräfte zu bewaffnen und auszubilden.

**2016:** Die Demokratische Partei und die mit ihr verbündeten Medien in den USA werden von dem als «Russiagate» bekannten Skandal erfasst, in dem fälschlicherweise behauptet wird, Russland habe sich in die US-Präsidentschaftswahlen 2016 eingemischt, um Donald Trump zu wählen. Der fingierte Skandal dient dazu, Russland in den USA weiter zu dämonisieren und die Spannungen zwischen den atomar bewaffneten Mächten zu erhöhen.

**12. Mai 2016:** Die USA installieren in Rumänien ein Raketensystem und verärgern damit Russland. Die USA behaupten, es sei rein defensiv, aber Moskau sagt, das System könne auch offensiv eingesetzt werden und würde die Zeit für einen Angriff auf die russische Hauptstadt auf 10 bis 12 Minuten verkürzen.

**6. Juni 2016:** Symbolisch zum Jahrestag der Invasion der Alliierten in der Normandie beginnt die NATO mit aggressiven Manövern gegen Russland. Sie beginnt Kriegsspiele mit 31'000 Soldaten in der Nähe der russischen Grenzen, die grössten militärischen Manöver in Osteuropa seit dem Ende des Kalten Krieges. Zum ersten Mal seit 75 Jahren begeben sich deutsche Truppen auf die Spuren des Naziüberfalls auf die Sowjetunion in Polen.

Der (damalige) deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier ist dagegen: «Was wir jetzt nicht tun sollten, ist die Situation durch Säbelrasseln und Kriegstreiberei weiter anzuheizen», so Steinmeier gegenüber der «Bild am Sonntag». «Wer glaubt, dass eine symbolische Panzerparade an der Ostgrenze der Allianz Sicherheit bringt, der irrt.» Stattdessen ruft Steinmeier zum Dialog mit Moskau auf. «Wir sind gut beraten, keine Vorwände zu schaffen, um eine alte Konfrontation zu erneuern», sagt er und fügt hinzu, es wäre «fatal, nur nach militärischen Lösungen und einer Politik der Abschreckung zu suchen.»

**Dezember 2021:** Russland legt den USA und der NATO-Vertragsentwürfe vor, die eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa aufzeigen und damit den gescheiterten russischen Versuch aus dem Jahr 2009 wieder aufgreifen. Die Verträge sehen die Abschaffung des rumänischen Raketensystems und den Abzug der NATO-Truppen aus Osteuropa vor. Russland sagt, dass es eine «technisch-militärische» Antwort geben wird, wenn es nicht zu ernsthaften Verhandlungen über die Verträge kommt. Die USA und die NATO lehnen Verhandlungen aber rundweg ab.

**Februar 2022:** Russland beginnt seine militärische Intervention im Donbass im noch immer andauernden ukrainischen Bürgerkrieg, nachdem es zunächst die Unabhängigkeit von Luhansk und Donezk anerkannt hat. Vor der Intervention zeigen OSZE-Karten eine deutliche Zunahme des Beschusses der Separatistenrepubliken durch die Ukraine, wo seit 2014 mehr als 10'000 Menschen getötet wurden.

**März 2022:** Russland und die Ukraine einigen sich auf ein Rahmenabkommen zur Beendigung des Krieges, in dem sich die Ukraine verpflichtet, nicht der NATO beizutreten. Die USA und Grossbritannien widersprechen. Premierminister Boris Johnson fliegt nach Kiew, um dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr



Selensky zu sagen, er solle die Verhandlungen mit Russland einstellen. Der Krieg geht weiter und Russland nimmt grosse Teile des Donbass ein.

**September 2022:** Die Donbass-Republiken stimmen für den Beitritt zur Russischen Föderation, ebenso wie zwei weitere Regionen: Cherson und Saporischja.

**Mai 2023:** Die Ukraine beginnt eine Gegenoffensive, um die von Russland kontrollierten Gebiete zurückzuerobern. Wie aus durchgesickerten Dokumenten Anfang des Jahres hervorgeht, kommen die US-Geheimdienste zu dem Schluss, dass die Offensive scheitern wird, schon bevor sie beginnt.

**Juni 2023:** Ein 36-stündiger Aufstand der Wagner-Gruppe scheitert, als ihr Anführer Jewegny Prigoschin sich darauf einlässt, nach Belarus ins Exil zu gehen. Die Wagner-Privatarmee, die vom russischen Verteidigungsministerium finanziert und bewaffnet wurde, wird in die russische Armee eingegliedert. (Was für den 1. Juli vorgesehen war und offensichtlich die Ursache für die Meuterei von Prigoschin war. Red.)

Die Zeit-Tabelle zeigt deutlich die aggressive Absicht des Westens gegenüber Russland und wie die Tragödie hätte vermieden werden können, wenn die NATO den Beitritt der Ukraine nicht zugelassen hätte, wenn die Minsker Vereinbarungen umgesetzt worden wären und wenn die USA und die NATO ein neues Sicherheitsarrangement in Europa ausgehandelt hätten, das die russischen Sicherheitsbedenken berücksichtigt hätte.

*Zum Original-Beitrag auf «Consortium News» mit etlichen Links auf die Quellen.*

*Siehe auch «So führt das Verschweigen von Fakten zur Unwahrheit» von Christian Müller*

*Hochinteressant: ein 10minütiges Video auf «Das Erste/Panorama» zu den NATO-Manövern an der Grenze Russlands im Juni 2016 – unbedingt ansehen! (Aus diesem Video stammt auch das Aufmacherbild oben mit Frank-Walter Steinmeier, damals Deutschlands Aussenminister.)*

*Zum gleichen Thema «Die Wahrheit über die Ukraine» von Wolfgang Bittner auf den NachDenkSeiten.*

*Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=sGFuNFb\\_L0s](https://www.youtube.com/watch?v=sGFuNFb_L0s)*

## «Alter weisser Mann? – Dohnanyi hat Recht.»

*Autor: Andreas Matthies, 05. Juli 2023*



*Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Hamburger Bürgermeister und Bundesminister, ist unabhängig genug, eine eigene Meinung zu haben und ihr auch Ausdruck zu geben. (Archiv-Bild)*

(Red.) Klaus von Dohnanyi (95), einst Hamburger Bürgermeister und später Bundesminister, bringt es auf den Punkt: Der Klimawandel sei die wahre Bedrohung, «nicht Putin». Deshalb müsse es die Priorität der Politik sein, uns vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Aber, so wörtlich: «Ich halte die gegenwärtigen Prioritäten der Bundesregierung und des Westens für falsch.» Der russische Präsident habe nie die Absicht gehabt, Europa anzugreifen; er wollte nur verhindern, dass die Ukraine in die NATO kommt und dass diese noch stärker an die russische Grenze rückt. Darüber sei der Westen zu Verhandlungen allerdings nicht bereit gewesen.

Tatsächlich führt der Klimawandel schon jetzt zu besorgniserregenden Ereignissen. Und Klimaforscher befürchten, dass Deutschland seine Klimaziele krachend verfehlen wird. Mojib Latif verweist auf eine Studie vom März 2023, die im Auftrag der Bundesregierung angefertigt wurde. Danach könnten auf Deutschland bis 2050 Kosten in Höhe von bis zu 900 Milliarden Euro zukommen. Wenn man weiss, dass allein für die Bewältigung der Flutkatastrophe im Ahrtal über 40 Milliarden Euro veranschlagt werden, erscheint die Angabe der Studie schon nicht mehr so schwer zu glauben. Und die Folgen des Klimawandels treffen nicht nur Industrieländer wie Deutschland, sie bewirken schwerwiegende Schäden in den Ländern des Südens: Mancher Landstrich wird unbewohnbar, die Produktion von Nahrungsmitteln wird beeinträchtigt, Kämpfe um das knappe Gut Wasser werden zunehmen. Und das, wo in vielen dieser Länder ein erheblicher Teil der Menschen von der Hand in den Mund leben muss und kaum über grosse Reserven verfügt.

### **Die Milliarden für Krieg und Aufrüstung fehlen der Politik gegen den Klimawandel**

Um den Klimawandel auch nur notdürftig eingrenzen zu können, muss der Ausstoss von klimawirksamen Gasen eingeschränkt werden, bei uns und möglichst überall. Das kostet Geld, viel Geld, wie wir es alle derzeit hautnah erleben. Riesige Summen werden auch erforderlich, um den Folgen entgegenzuwirken, die schon nicht mehr verhinderbar sind, bei uns und anderswo.

Aber anstatt nun diese Priorität «Nummer 1» konsequent anzugehen, werden unglaubliche Summen für ganz andere Zwecke ausgegeben. Das unabhängige Stockholmer SIPRI-Institut teilt im April 2023 mit, dass die Staaten der Welt 2240 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben haben (im Jahr 2022). Die 20 Länder an der Spitze der Liste gaben 1930 Milliarden Dollar für ihr Militär aus, allein die USA waren mit 877 Milliarden dabei.

Und die Aufrüstungsspirale wird weitergedreht: die NATO-Staaten, die schon jetzt zusammen für etwas mehr als die Hälfte der genannten Ausgaben verantwortlich sind, beschliessen, dass 2% des Bruttonationalprodukts künftig nur die Untergrenze der Militärausgaben sein soll; für die Bundeswehr sind 100 Extra-Milliarden festgelegt.

Die Spannungen zu China werden immer weiter verschärft, was zu zusätzlichen Rüstungen auf beiden Seiten führt und vielleicht sogar zu einem verheerenden Krieg.

### **Alternativen zu Krieg und fortwährender Aufrüstung**

Anstatt mit voller Kraft und kluger Diplomatie auf das Ende des Ukrainekrieges hinzusteuern (was im März 2022 schon in greifbarer Nähe lag) und anstatt im Umgang mit China beharrlich eine Politik der friedlichen Lösung von Konflikten zu entwickeln (die durchaus gute Erfolgchancen hätte), werden letztlich sinnlos Milliarden und Abermilliarden für Krieg und Aufrüstung ausgegeben. Milliarden, die dann zum Abbremsen des Klimawandels und zur Abmilderung von dessen Folgen fehlen. Und diese Ausgaben würden im Kriegsfall noch viel höhere Ausgaben nach sich ziehen, wie im Ukrainekrieg deutlich zu sehen ist.

Es kann also kein Zweifel sein: Erfolgreiches Vorgehen gegen den Klimawandel ist nur möglich, wenn gleichzeitig gegen Krieg und Aufrüstung angegangen wird!

Diese Einsicht bestimmt nun aber nicht die Politik der Bundesregierung – im Gegenteil! «Whatever it takes» (Koste es, was es wolle) ist die Parole. Da wird mit den Milliarden für Waffenlieferungen und Aufrüstung scheinbar völlig bedenkenlos um sich geworfen. Schulden? «Sonderhaushalt» klingt besser.

Alle Menschen, Parteien und Gruppen, die demgegenüber die genannte Einsicht teilen, müssen sich also der Aufgabe stellen, unsere Regierung nachhaltig zu «überzeugen» und auf eine wirklich grundlegende Wende der gegenwärtigen Politik hinzuarbeiten. Dass die Partei Die Grünen sich längst von dieser Einsicht abgewendet hat, ist offensichtlich. Sie hat ihre einstige Einheit von Ökologie- und Friedenspolitik längst radikal zerschlagen. Aber wie sieht es mit den Initiativen, Organisationen und Gruppen aus, die sich dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben haben?

Bei vielen hat man den Eindruck, sie blenden den Zusammenhang einfach aus. Nun ist es zwar oft sinnvoll, sich in seiner politischen Arbeit auf ein Ziel zu beschränken, um eine optimale Einheit und volle Wirkkraft zu erlangen. Aber beim Thema Klimawandel geht das nicht, zum einen wegen der genannten Verschwendung von Mitteln, zum andern, weil Krieg und Rüstung selber die Umwelt schwer belasten und dem Klima schaden. Nicht zuletzt der Aufschwung des Frackinggases oder der Ausbau der Förderung fossiler Stoffe, etwa in Afrika, als Folgen einer undurchdachten Sanktionspolitik zeigen das deutlich.

### **Die zweite Seite der Medaille**

Wir wollen nicht behaupten, dass die Bewegung gegen den Klimawandel schnelle Erfolge erwarten kann, wenn sie sich auch gegen Krieg und Aufrüstung wendet. Aber sie muss den Zusammenhang deutlich machen und von der Regierung erste Schritte verlangen – im Interesse ihres Hauptanliegens. Sie wird dann auch bei den Teilen der Bevölkerung, die unter der beschriebenen Politik ebenfalls leiden, auf grössere Resonanz rechnen können.

Das Ausblenden oder Beschweigen des Zusammenhangs aber sorgt dafür, dass das, was man auf der einen Seite bestenfalls an Erfolgen gegen den Klimawandel erreicht, auf der anderen Seite durch Krieg und Rüstung wieder vernichtet wird – oder schlimmer. Es hilft also nichts: Wenn die Bewegung gegen den Klimawandel es ernst meint, darf sie am Thema Krieg und Aufrüstung nicht vorbeischaun. Denn es ist ein wichtiger Teil ihres ureigenen Themas. Der «alte weisse Mann» Dohnanyi hat Recht – zumindest in diesem Punkt.

*Dieser Beitrag von Andreas Matthies erschien zuerst im «Braunschweig Spiegel».*

*Quelle: <https://globalbridge.ch/alter-weisser-mann-dohnanyi-hat-recht/>*

## Was der Plejare Quetzal gerade im Moment zu diktieren hat:

**Quetzal** Einmal muss ich ausserhalb eines niedergeschriebenen Gespräches folgendes sagen, und zwar zum folgenden Artikel, den Billy im Moment meiner Anwesenheit in einen «Zeitzeichen» verarbeitet. Was sich nämlich tatsächlich auf der Erde ergibt und der Fall ist, und was die Erdenmenschheit wissen und darüber nachdenken soll, das ist folgendes: Was Billy und wir Plejaren schon seit Kriegsbeginn und jeher bezüglich der Geschehen in der Ukraine sagen und auch in den Gesprächsberichten besprechen und Billy manches auch veröffentlicht und bekanntmacht, sprechen nun auch verantwortungsbewusste Amerikaner offen aus. Warum hören jene NEONAZIS in der Staatsführung in Deutschland nicht darauf und lassen jene den Staat führen und das Volk lenken, welche wahre rechtschaffene Staatsführende und nicht NEONAZIs sind, wie das Gros der machtvollen Staatsführenden. Die Rechtschaffenen der Staatsführung wollen Frieden und Freiheit, nicht jedoch von den weltherrschaftssüchtigen Amerikanern abhängig sein, die durch die Hetze ihrer Schattenregierung sowie der unfähigen nazigleichen Staatsführenden Krieg und Unheil über die Erde und die irdische Menschheit bringen. Sie allesamt sind wahrheitlich jene, die den Krieg in der Ukraine verursachten und hinterhältig unter ihrer Regie führen, was das Gros des amerikanischen Volkes nicht will und keineswegs daran beteiligt und nicht gleichen Sinnes ist wie die verbrecherischen nazigleichen Staatsführenden.

6.7.2023, 17.46 h

## Sie haben über Afghanistan gelogen. Sie haben über den Irak gelogen. Und sie lügen über die Ukraine.

*Autor: Chris Hedges, 4. Juli 2023*

(Red.) Ähnlich wie Seymour Hersh, so ist auch Chris Hedges, ein renommierter Journalist und Buchautor in den USA. Und auch er scheut sich nicht, harte Worte in seinen Kommentaren über die Politik der USA zu brauchen. Seine These ist, dass es vor allem die Rüstungsindustrie ist, die die Vereinigten Staaten immer wieder in neue Kriege führt, Niederlagen hin oder her.

Die US-amerikanische Öffentlichkeit wurde einmal mehr dazu verleitet, Milliarden in einen weiteren endlosen Krieg zu stecken. Das Drehbuch, mit dem die Zuhälter des Krieges uns in ein militärisches Fiasko nach dem anderen locken, einschliesslich Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und jetzt der Ukraine, ändert sich nicht. Freiheit und Demokratie sind bedroht. Das Böse muss besiegt werden. Die Menschenrechte müssen geschützt werden. Das Schicksal Europas und der NATO sowie einer «auf Regeln basierenden internationalen Ordnung» steht auf dem Spiel. Der Sieg ist gewiss.

Die Ergebnisse sind immer die gleichen. Die Rechtfertigungen und Erzählungen werden als Lügen entlarvt. Die heiteren Prognosen sind falsch. Diejenigen, in deren Namen wir angeblich kämpfen, sind ebenso käuflich wie diejenigen, gegen die wir kämpfen.



«Preying for Peace – by Mr. Fish», «Jagd nach Frieden»:

So steht es unter der Originalgrafik zum Artikel von Chris Hedges auf Scheerpost.

Die russische Invasion in der Ukraine war ein Kriegsverbrechen, wenn auch eines, das durch die NATO-Erweiterung und die Unterstützung der USA für den «Maidan»-Putsch von 2014 provoziert wurde, der den demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch absetzte. Janukowitsch wollte die wirtschaftliche Integration mit der Europäischen Union, aber nicht auf Kosten der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland. Der Krieg wird nur durch Verhandlungen gelöst werden, die den ethnischen Russen in der Ukraine Autonomie und Moskaus Schutz sowie die ukrainische Neutralität gewähren, was bedeutet, dass das Land nicht der NATO beitreten kann. Je länger diese Verhandlungen hinausgezögert werden, desto mehr werden die Ukrainer leiden und sterben. Ihre Städte und ihre Infrastruktur werden weiterhin in Schutt und Asche gelegt.

### **Im Interesse der USA**

Aber dieser Stellvertreterkrieg in der Ukraine dient den Interessen der USA. Er bereichert die Waffenhersteller, schwächt das russische Militär und isoliert Russland von Europa. Was dagegen mit der Ukraine geschieht, ist irrelevant.

«Erstens ist die Ausrüstung unserer Freunde an der Front, damit sie sich selbst verteidigen können, ein weitaus billigerer Weg – sowohl in Dollar als auch in amerikanischen Menschenleben – um Russlands Fähigkeit, die USA zu bedrohen, zu schwächen“, räumte der Führer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, ein. «Zweitens lehrt uns die effektive Verteidigung des ukrainischen Territoriums, wie wir die Verteidigung von Partnern, die von China bedroht werden, verbessern können. Es ist keine Überraschung, dass hochrangige Beamte aus Taiwan die Bemühungen, der Ukraine zu helfen, Russland zu besiegen, so sehr unterstützen. Drittens: Das meiste Geld, das für die Sicherheitsunterstützung der Ukraine bereitgestellt wurde, geht nicht wirklich an die Ukraine. Es wird in die amerikanische Rüstungsindustrie investiert. Damit werden neue Waffen und Munition für die US-Streitkräfte finanziert, um das ältere Material zu ersetzen, das wir an die Ukraine geliefert haben. Lassen Sie es mich klar sagen: Diese Hilfe bedeutet mehr Arbeitsplätze für amerikanische Arbeiter und neuere Waffen für amerikanische Soldaten.»

Sobald die Wahrheit über diese endlosen Kriege ins öffentliche Bewusstsein sickert, reduzieren die Medien, die diese Konflikte sklavisch fördern, die Berichterstattung drastisch. Die militärischen Debakel, wie im Irak und in Afghanistan, bleiben weitgehend aus dem Blickfeld verschwunden. Wenn die USA ihre Niederlage endlich eingestehen, erinnern sich die meisten kaum noch daran, dass diese Kriege überhaupt geführt werden.

Die Zuhälter des Krieges, die diese militärischen Fiaskos inszenieren, wechseln von Regierung zu Regierung. Dazwischen sitzen sie in Denkfabriken – «Project for the New American Century», «American Enterprise Institute», «Foreign Policy Initiative», «Institute for the Study of War», «The Atlantic Council» und «The Brookings Institution» – die von Konzernen und der Kriegsindustrie finanziert werden. Sobald der Krieg in der Ukraine zu seinem unvermeidlichen Ende kommt, werden diese Dr. Strangeloves versuchen, einen Krieg mit China anzuzetteln. Die US-Marine und das US-Militär bedrohen China bereits und kreisen es ein. Gott helfe uns, wenn wir sie nicht aufhalten.

### **Die USA, die Retter der Welt ...**

Diese Zuhälter des Krieges verwickeln uns in einen Konflikt nach dem anderen mit schmeichelhaften Erzählungen, die uns als die Retter der Welt darstellen. Sie müssen nicht einmal innovativ sein. Die Rhetorik ist aus dem alten Spielbuch entnommen. Wir schlucken naiv den Köder und umarmen die Flagge – dieses Mal blau und gelb – und werden so zu unwissenden Agenten unserer Selbstzerfleischung.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Regierung zwischen 45 und 90 Prozent des Bundeshaushalts für vergangene, aktuelle und zukünftige Militäroperationen ausgegeben. Es ist die grösste dauerhafte Aktivität der US-Regierung. Es spielt – zumindest für die Zuhälter des Krieges – keine Rolle mehr, ob diese Kriege rational oder klug sind. Die Kriegsindustrie metastasiert in den Eingeweiden des amerikanischen Imperiums und höhlt es von innen heraus aus. Die USA werden im Ausland geschmäht, ertrinken in Schulden, haben eine verarmte Arbeiterklasse und sind mit einer verfallenen Infrastruktur sowie schäbigen Sozialleistungen belastet.

Sollte das russische Militär nicht schon vor Monaten zusammengebrochen sein – wegen schlechter Moral, schlechter Generäle, veralteter Waffen, Desertionen, Munitionsmangel, der die Soldaten angeblich dazu zwang, mit Schaufeln zu kämpfen, und schwerer Versorgungsengpässe? Hätte Putin nicht von der Macht vertrieben werden sollen? Hätten die Sanktionen den Rubel nicht in eine Todesspirale stürzen sollen? Sollte die Abtrennung des russischen Bankensystems von SWIFT, dem internationalen Geldtransfersystem, nicht die russische Wirtschaft lahmlegen? Wie kommt es, dass die Inflationsraten in Europa und den USA trotz dieser Angriffe auf die russische Wirtschaft höher sind als in Russland?

Hätten die fast 150 Milliarden Dollar an hochentwickelter militärischer Ausrüstung, finanzieller und humanitärer Hilfe, die von den USA, der EU und elf weiteren Ländern zugesagt wurden, nicht die Wende im Krieg herbeiführen sollen? Wie kommt es, dass vielleicht ein Drittel der von Deutschland und den USA bereitgestellten Panzer zu Beginn der gepriesenen Gegenoffensive von russischen Minen, Artillerie, Panzerabwehr-



waffen, Luftangriffen und Raketen in kürzester Zeit in verkohlte Metallteile verwandelt wurde? Sollte diese jüngste ukrainische Gegenoffensive, die ursprünglich als «Frühjahrsoffensive» bezeichnet wurde, nicht die stark befestigten russischen Frontlinien durchbrechen und grosse Teile des Territoriums zurückerobern? Wie lassen sich die Zehntausenden von ukrainischen Militärangehörigen und die Zwangsrekrutierung des ukrainischen Militärs erklären? Selbst unsere Generäle im Ruhestand und ehemalige Beamte der CIA, des FBI, der NSA und des Heimatschutzes, die als Analysten bei Sendern wie CNN und MSNBC tätig sind, können nicht mehr behaupten, die Offensive sei erfolgreich.

### **Und was ist mit der ukrainischen Demokratie?**

Und was ist mit der ukrainischen Demokratie, für deren Schutz wir kämpfen? Warum hat das ukrainische Parlament drei Tage nach dem Staatsstreich von 2014 den offiziellen Gebrauch von Minderheitensprachen, einschliesslich Russisch, aufgehoben? Wie erklären wir die acht Jahre Krieg gegen ethnische Russen in der Donbass-Region vor der russischen Invasion im Februar 2022? Wie erklären wir die Ermordung von mehr als 14'200 Menschen und die 1,5 Millionen Menschen, die vertrieben wurden, bevor die russische Invasion im letzten Jahr erfolgte?

Wie verteidigen wir die Entscheidung von Präsident Wolodymyr Selensky, elf Oppositionsparteien zu verbieten, darunter die Oppositionsplattform «Für das Leben», die 10 Prozent der Sitze im Obersten Rat, dem ukrainischen Einkammerparlament, innehatte, zusammen mit der «Shariy-Partei», «Nashi», dem Oppositionsblock, der «Linken Opposition», der «Union der Linken Kräfte», dem Staat, der «Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine», der «Sozialistischen Partei der Ukraine», der «Sozialistischen Partei» und dem «Wolodymyr-Saldo-Block»? Wie können wir das Verbot dieser Oppositionsparteien – von denen viele links sind – akzeptieren, während Selensky den Faschisten der Parteien «Svoboda» und «Rechter Sektor» sowie dem Banderitischen Asow-Bataillon und anderen extremistischen Milizen erlaubt, sich zu entfalten?

Wie gehen wir mit den antirussischen Säuberungen und Verhaftungen von vermeintlichen «fünftten Kolonnen» um, die in der Ukraine grassieren, wo doch 30 Prozent der Einwohner russischsprachig sind? Wie reagieren wir auf die von der Regierung Selenskyj unterstützten Neonazi-Gruppen, die die LGBT-Gemeinschaft, die Roma-Bevölkerung und antifaschistische Proteste belästigen und angreifen und Stadtratsmitglieder, Medien, Künstler und ausländische Studenten bedrohen? Wie können wir die Entscheidung der USA und ihrer westlichen Verbündeten hinnehmen, die Verhandlungen mit Russland zur Beendigung des Krieges zu blockieren, obwohl Kiew und Moskau anscheinend kurz vor der Aushandlung eines Friedensvertrags stehen?

### **Wir waren naiv ...**

Ich habe 1989, während des Zusammenbruchs der Sowjetunion, aus Ost- und Mitteleuropa berichtet. Wir nahmen an, dass die NATO obsolet geworden war. Präsident Michail Gorbatschow schlug Sicherheits- und Wirtschaftsabkommen mit Washington und Europa vor. Aussenminister James Baker in der Regierung von Ronald Reagan und der westdeutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher versicherten Gorbatschow, dass die NATO nicht über die Grenzen des vereinigten Deutschlands hinaus ausgedehnt werden würde. Wir dachten naiverweise, das Ende des Kalten Krieges bedeute, dass Russland, Europa und die USA keine massiven Ressourcen mehr für ihre Militärs aufwenden müssten. Die so genannte «Friedensdividende» blieb ein Wunschtraum.

Wenn Russland nicht der Feind sein wollte, würde Russland gezwungen werden, der (für die Selbstlegitimierung der NATO notwendige, Red.) NATO-Feind zu sein. Die Zuhälter des Krieges rekrutierten ehemalige Sowjetrepubliken für die NATO, indem sie Russland als Bedrohung darstellten. Die Länder, die der NATO beigetreten sind, zu denen heute Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien gehören, haben ihre Streitkräfte – oft mit Hilfe von westlichen Krediten in zweistelliger Millionenhöhe – so umgerüstet, dass sie mit dem militärischen Gerät der NATO kompatibel sind. Dies brachte den Waffenherstellern Milliarden Gewinne ein.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war man sich in Ost- und Mitteleuropa einig, dass die NATO-Erweiterung unnötig und eine gefährliche Provokation sein würde. Sie machte geopolitisch keinen Sinn mehr. Aber sie war wirtschaftlich sinnvoll: Krieg ist ein Geschäft!

In einem geheimen diplomatischen Telegramm vom 1. Februar 2008 – das von WikiLeaks beschafft und veröffentlicht wurde –, das von Moskau aus verfasst wurde und an die Stabschefs, die NATO-EU-Kooperative, den Nationalen Sicherheitsrat, das Politische Kollektiv Russland-Moskau, den US-Verteidigungsminister und den US-Aussenminister gerichtet war, wurde unmissverständlich klar, dass die Erweiterung der NATO einen Konflikt mit Russland riskiert, insbesondere wegen der Ukraine.

«Russland sieht nicht nur eine Einkreisung [durch die NATO] und Bestrebungen, Russlands Einfluss in der Region zu untergraben, sondern fürchtet auch unvorhersehbare und unkontrollierte Folgen, die russische Sicherheitsinteressen ernsthaft beeinträchtigen würden», heisst es in dem Schreiben. «Experten sagen uns, dass Russland besonders besorgt darüber ist, dass die starke Spaltung der Ukraine in Bezug auf die NATO-

Mitgliedschaft, bei der ein Grossteil der ethnisch-russischen Gemeinschaft gegen die Mitgliedschaft ist, zu einer grösseren Spaltung führen könnte, die Gewalt oder schlimmstenfalls einen Bürgerkrieg zur Folge hätte. In einem solchen Fall müsste Russland entscheiden, ob es eingreift – eine Entscheidung, die es nicht treffen möchte ...»

«Dmitri Trenin, (damals) stellvertretender Direktor des «Carnegie-Moscow-Center», äusserte sich besorgt darüber, dass die Ukraine angesichts der Emotionen und Nervosität, die das Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft ausgelöst hat, langfristig der potentiell am meisten destabilisierende Faktor in den amerikanisch-russischen Beziehungen sei ...», heisst es in dem Telegramm. «Da die Mitgliedschaft in der ukrainischen Innenpolitik weiterhin für Uneinigkeit sorgte, schuf sie eine Möglichkeit für eine russische Intervention. Trenin äusserte die Befürchtung, dass Elemente innerhalb des russischen Establishments zur Einmischung ermutigt werden könnten, was die USA dazu veranlassen würde, die gegnerischen politischen Kräfte offen zu unterstützen und die USA und Russland in eine klassische Konfrontationshaltung zu bringen.»

Die russische Invasion in der Ukraine hätte nicht stattgefunden, wenn das westliche Bündnis sein Versprechen, die NATO nicht über die Grenzen Deutschlands hinaus zu erweitern, eingehalten hätte und die Ukraine neutral geblieben wäre. Die Zuhälter des Krieges kannten die möglichen Folgen einer NATO-Erweiterung. Der Krieg ist jedoch ihre einzige Berufung, selbst wenn er zu einem nuklearen Holocaust mit Russland oder China führt.

### Die Krieginindustrie, nicht Putin, ist unser gefährlichster Feind.

Zum Originalartikel von Chris Hedges auf Scheerpost. Dort finden sich auch zahlreiche Links auf die von Hedges benutzten Quellen.

Quelle: <https://globalbridge.ch/sie-haben-ueber-afghanistan-gelogen-sie-haben-ueber-den-irak-gelogen-und-sie-luegen-ueber-die-ukraine/>

## So lassen sich rund eine Million Schweizer und Schweizerinnen informieren

Autor: Christian Müller, 3. Juli 2023

2

**Russlands Angriffskrieg**

Wie Putin die SVP umtreibt

Die Partei tut sich schwer mit ihrem Etikett als «Russland-Freundin», das sie Roger Köppel verdankt. Christoph Blocher korrigiert den Kurs. Das freut viele in der SVP.

«98 Prozent der Schweizer sind innerlich auf der Seite der Ukraine»

Christoph Blocher positioniert sich deutlicher gegen Russland als zuvor.

Interview: Oliver von Witt

Die Schweiz 2023: Das Massenzentrum der Partei umtreibt Putin und Russland. Die Schweizerinnen und Schweizer sind in der Ukraine, das heißt es. Die Schweiz ist ein Land, das sich nicht in den Krieg einmischt. Die Schweiz ist ein Land, das sich nicht in den Krieg einmischt. Die Schweiz ist ein Land, das sich nicht in den Krieg einmischt.

Das Zögern des Westens kostet viel Blut

Während Europa und die USA über Waffenlieferungen diskutieren, nutzt Russland die Zeit, um in der Ukraine riesige Minenfelder anzulegen.

Das Zögern des Westens kostet viel Blut

Während Europa und die USA über Waffenlieferungen diskutieren, nutzt Russland die Zeit, um in der Ukraine riesige Minenfelder anzulegen.

Mit «Das Zögern des Westens kostet viel Blut» und ähnlichen Schlagzeilen plädiert die meistgelesene Zeitung der Schweiz für eine Aufgabe der Schweizer Neutralität und für mehr Krieg in der Ukraine. (Screenshot der Seiten 2 und 3 der Ausgabe vom 1. Juli 2023 der «Schweiz am Wochenende»)

**Macht Medienkritik in einer Zeit, da fast alle grossen Medien eh das Gleiche schreiben, überhaupt noch Sinn? Es gibt Tage, da hat man nur die eine Option: Zur Vermeidung einer schlaflosen Nacht selber in die Tasten zu greifen. So geschien – nicht zum ersten Mal – an diesem Wochenende in der Schweiz.**

«Gemäss der Wemf-Studie Mach Basic 2022-2 ist die «Schweiz am Wochenende» mit einer Auflage von 376'976 Exemplaren und 960'000 Leserinnen und Lesern die meistgelesene Zeitung der Schweiz. Die «Schweiz am Wochenende» erscheint in 26 Regionalausgaben und deckt die Gebiete der Nordwestschweiz, Zentralschweiz und der Ostschweiz ab, wie es in einer Mitteilung heisst. Das sei eine attraktive Plattform für Werbekunden, die Wert auf ein Qualitätsmedium mit hoher Reichweite legen würden.» Diese Information erschien am 13. Dezember 2022 auf der Medien-Plattform Persönlich.com.

Zu ergänzen wäre: Wenn die «Schweiz am Wochenende» die meistgelesene Zeitung der Schweiz ist, dann ist sie nicht nur für Werbetreibende wichtig, dann müsste sie auch besonders verantwortungsvoll informieren und Platz für verschiedene Meinungen anbieten. Dem ist leider nicht so. Ein politisches Thema dominiert: Russland! Aber nein, es wird nicht über Russland informiert, wie über andere Länder informiert wird. Es wird über Russland nur in einem Sinn berichtet: Russland, und in Russland natürlich vor allem dessen Staatspräsident Wladimir Putin, ist allein schuld an der jetzigen geopolitisch äusserst gefährlichen Lage und allein schuld am Krieg in der Ukraine. Allein nur Russland!

### **In der Ausgabe der «Schweiz am Wochenende» vom 1. Juli gab es folgende Artikel über Russland zu lesen:**

Auf der Frontseite rechts oben ein Anriss: «Blocher warnt vor Putin – und Gauck kritisiert Neutralität».

Die ganzen zwei Seiten 2 und 3 erscheinen unter der Spitzmarke «Russlands Angriffskrieg». Hauptartikel: «Wie Putin die SVP umtreibt» – mit einem seitenübergreifenden Bild von Putin und drei kleineren Fotos von SVP-Politikern. Dann «98 Prozent der Schweizer sind innerlich auf der Seite der Ukraine; Christoph Blocher positioniert sich deutlicher gegen Russland als zuvor». Etwa 1/3-Seite gross, mit einem Foto von Blocher. Dann «Das Zögern des Westens kostet viel Blut», eine halbe Seite, mit einem Bild eines schwedischen Schützenpanzers.

Seite 9: «Aber warum mag uns die Welt nicht?», ein Bericht der Korrespondentin aus Moskau, etwas mehr als eine halbe Seite, mit Bild von einer Pro-Putin-Demo in Moskau.

Seiten 10 und 11: «Das Festhalten an einer absoluten Neutralität hilft den Russen», ein sich über zwei volle Seiten erstreckendes Interview mit dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck, mit einem grossen und zwei kleineren Fotos. Gauck, von Haus aus christlicher Theologe, plädiert für mehr Waffen an die Ukraine und kritisiert die Schweiz: Im Ukraine-Krieg müsse jedes Land Partei ergreifen. (Wie Joachim Gauck in seinem neuen Buch «Erschütterungen» für mehr Waffen an die Ukraine und für mehr Krieg plädiert, kann man auf Globalbridge.ch nachlesen.)

Seite 19: Ein Kommentar «Verpasste Chance für Russlands Zivilgesellschaft», eine knappe halbe Seite gross. Auf der gleichen Seite eine Karikatur mit Panzern, die um eine (mit einem Kreuz als Schweiz markierte) Schildkröte herum eine Kurve machen, eine gute Viertelseite gross.

Seite 24: Eine weitere Karikatur. «Putin hat Schwein gehabt», sagt der eine, «Ja – Blutwurst vermutlich» meint der andere. Eine gute Viertelseite gross.

In der Wochenendbeilage, Seite 6: «Aufschrei gegen die Gleichgültigkeit». Und darunter er Vorspann: «Die Schriftstellerin Oksana Sabuschko fragt sich, warum Tausende von Büchern und Filmen über die Nazis uns nicht wacher machen gegenüber dem neuen faschistischen Reich Putins». Mit einem grossen Foto eines Konzertes in der Ukraine.

Man rechne: Zehn Beiträge, davon zwei Karikaturen, und zehn Fotos zum Thema Russland und/oder Putin, auf zusammengezählt sechs (sechs!) vollen Zeitungsseiten. Inhalt: Bitte endlich mehr Waffen für die Ukraine, Russland muss besiegt oder von innen heraus zerstört werden, die Schweizer Neutralität muss zugunsten der Ukraine aufgegeben werden.

Und natürlich kein Wort über die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine, über den von den USA unterstützten Putsch auf dem Kiewer Maidan 2014, über die Provokationen der NATO mit ihrer Osterweiterung bis an die russische Grenze, mit Raketenbasen in Polen und in Rumänien und mit gigantischen Militärmanövern an der russischen Grenze, keine Information über die von der Schweiz mitgetragenen, mittlerweile zehn Sanktionen der EU gegen Russland, die Westeuropa und insbesondere Deutschland wirtschaftlich mehr schaden als Russland. Zehn Beiträge auf zusammengezählt sechs ganzen Zeitungsseiten, alles mit nur einem gemeinsamen Nenner: Wir müssen Putin, wir müssen Russland und wir müssen die Russen endlich mehr hassen. Es darf kosten, was es will: Wir müssen mehr Waffen liefern, um Russland zu zerstören.

Und all das in einer einzigen Ausgabe der meistgelesenen Zeitung in der viersprachigen Schweiz mit ihren rund neun Millionen Einwohnern.

Auch die Schweiz kannte schon bessere Zeiten.

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-lassen-sich-rund-eine-million-schweizer-und-schweizerinnen-informieren/>

## Über Krieg und Frieden, Österreich und Europa

*Interview mit Baron Dr. Norbert van Handel*



*Erstellt von Dr. Norbert van Handel, 3. Juli 2023*

**WE:** Die heutige Situation in Europa und der Welt ist eher weniger erfreulich. Wohin gehen wir? Wie könnte sich die momentane Lage weiterentwickeln?

**Dr. Norbert van Handel:**

Das ist eine ganz wichtige Frage. Ich glaube, dass die Europäische Union, in jeder Weise, ihre eigentlichen Wurzeln – Frieden in Europa und die vier grossen Freiheiten – verlassen hat.



**WE:** Inwiefern?

**Dr. Norbert van Handel:**

Es sind in Europa sehr viele Strömungen, die – leider Gottes – antirussisch sind. Die nicht objektiv sind. Und die den gesamten westlichen Kontinent in Schwierigkeiten bringen.

**WE:** Wie kann man diese Schwierigkeiten umreissen? Sanktionen? Oder die Waffenlieferungen?

**Dr. Norbert van Handel:**

Da müssen wir ein bisschen früher ansetzen. Die Ukraine ist mehr oder minder ein Kunststaat. Ob sie nun korrupt ist oder nicht, spielt hierbei keine Rolle. Jedenfalls hat seinerzeit die Sowjetunion, nun aber Putin ganz klar seine Interessen mit dem Westen positioniert: In einem konstruktiven Bewerb, was die Wirtschaft betrifft, zu sein. Putin war niemals ein Autokrat in der Hinsicht, dass er nicht die wirtschaftlichen und rechtlichen Konsequenzen gesehen hat. Sondern er wollte mit dem Westen koalieren und der Westen hat das total verletzt.

**WE:** Warum kann der Westen eigentlich nicht mit den politischen Experimenten aufhören und mit Russland, und auch mit Putin, wieder normale wirtschaftliche Beziehungen herstellen?

**Dr. Norbert van Handel:** Weil die USA das nicht wollen. Die USA wollen monopolar, das hat auch Präsident Putin entsprechend kritisiert, die Welt beherrschen. Und Russland sagt – zurecht – dass die kulturelle Zusammengehörigkeit mit Europa wichtig sei. Aber man hat ihn nicht gehört.

**WE:** Können wir das so interpretieren, dass die europäischen Länder nicht mehr souverän und völlig von den Vereinigten Staaten abhängig sind?

**Dr. Norbert van Handel:** Ich würde das total unterstützen. Europa ist inzwischen zu einer Kolonie von Washington geworden. Das ist sehr, sehr schlecht für die globale Wirtschaft. Und vor allem auch, weil Russland, über kurz oder lang, wieder zu einem wesentlichen Player in der internationalen Politik werden wird. Das hat man total verschlafen, man wollte das nicht, man hat in ungerechter Form Russland negativ behandelt. Und das sehen wir ja auch in den Medien.





Dr. Norbert van Handel:

**WE:** Inwieweit kann man die Lage denn noch ändern? Kann die Sanktionspolitik noch zurückgedreht werden?

**Dr. Norbert van Handel:** Wenn ich als neutraler Mensch spreche, dann muss man das sogar tun! Man muss endlich wieder sagen, dass wir seit Jahrzehnten mit Russland ausgezeichnete Beziehungen hatten. Und es ist völlig ungerechtfertigt und auch völkerrechtswidrig diese Beziehungen nicht weiter fortzuführen oder, wenn sie zerstört wurden, sie dann nicht wieder aufzubauen.

**WE:** Wo wir gerade über Neutralität sprechen. Wo steht Österreich in all dem?

**Dr. Norbert van Handel:** Österreich hätte seine Neutralität niemals dadurch verletzen sollen, dass die Sanktionen gegen Russland mitgetragen worden sind. Das war total falsch. Wir müssten jetzt eine Basis für Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine etablieren. Das wäre unsere eigentliche Aufgabe.

**WE:** Ist Österreich gerade politisch geteilt? Wo stehen die einzelnen Parteien?

**Dr. Norbert van Handel:** Ich würde sagen, dass die Nationalkonservative FPÖ heute auf einem Standpunkt von 30–40% ist, in allen Umfragen, ist sie die stärkste Partei. Und wir können nur hoffen, dass in der nächsten Regierung die FPÖ entsprechend stark ist, um das, was zwischen Russland und Österreich – ich muss das leider sagen – passiert ist wieder herzurichten.

Ich persönlich bin aussenpolitischer Berater des Nationalratspräsidenten Hofer und bin der Meinung, dass die Österreichische Neutralität entsprechend gestärkt werden müsste. Und wir die ausgezeichneten Kontakte, die wir mit Russland seit 1955 hatten, wieder stärken sollten.

**WE:** Lieber Dr. Norbert van Handel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

*Bilder: depositphotos*

*Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»*

*Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/ueber-krieg-und-frieden-oesterreich-und-europa/>*

## Ukrainer flüchten über NATO-Länder nach Russland

*Von Peter Haisenko, JUNI 29, 2023*

Den russischsprachigen Ukrainern geht es in der Ukraine schlecht. Sehr schlecht. Sie werden drangsaliert von ukrainischen Nationalisten. Viele wollen nach Russland übersiedeln. Das erlaubt die Kiew-Regierung aber nicht. Gibt es einen Ausweg?

Von Anfang an war die Ukraine gespalten. Westlich Kiews dominieren diejenigen, die Ukrainisch als ihre Muttersprache benutzen. Östlich Kiews wird die russische Sprache überwiegend benutzt. Beide Volksgruppen verstehen aber die Sprache der anderen, mehr oder weniger gut. Das Ukrainische kann als Dialekt der russischen Sprache gesehen werden. So wie die polnische, tschechische, serbische und bulgarische Sprache. Dennoch ist es so, dass gerade ältere russischsprachige Menschen Probleme haben mit dem Ukrainischen. Es gibt nur sehr wenige, die beide Sprachen in muttersprachlicher Qualität beherrschen. Mein Vater gehörte zu diesen. So hat er erfahren können, dass ukrainische Nationalisten nur Menschen akzeptieren, die akzentfreies Ukrainisch sprechen können. Vergleichbares trifft auf die «Russophonen» nicht zu.

Schon vor einem Jahr haben mich Berichte aus Lemberg erreicht, dass dort ukrainische Nationalisten in Supermärkten auftreten, die Menschen den Einkauf von Lebensmitteln verwehren, wenn sie kein astreines

Ukrainisch sprechen können. Auch von Ämtern wird ähnliches berichtet. In Schulen und Universitäten ist der Gebrauch der russischen Sprache per Gesetz verboten. Das ist also das Gebaren des Staates, in dem Menschenrechte und unsere Demokratie verteidigt werden. Im Gegensatz dazu wird in den vier neuen Volksrepubliken, die sich Russland angeschlossen haben, auch die ukrainische Sprache in Schulen angeboten. Russisch und Ukrainisch sind dort gleichberechtigte Amtssprachen.

### **Die Russische Föderation ist ein echter Vielvölkerstaat**

So, wie es in der Russischen Föderation viele Gebiete gibt, die die dortige Muttersprache neben Russisch als Amtssprache pflegen. Und ebenso, wie in der Russischen Föderation Christen, Muslime und andere Religionsgemeinschaften friedlich und problemlos miteinander leben. Nebenbei bemerkt, trifft das auch auf Syrien zu. Darf man da vermuten, dass der friedliche Wertewesten diese Staaten zerschlagen will, weil dort vorgeführt wird, wie ein friedliches Miteinander funktionieren kann? Ein Zustand, der im Wertewesten kaum zu beobachten ist?

Wer will es da russischsprachigen Menschen übelnehmen, wenn sie lieber in Russland leben wollen, obwohl sie seit Generationen ihre Heimat in der (West-)Ukraine haben? In einem freien Land, das die Menschenrechte respektiert, müsste es gestattet sein, sich seinen Wohnort frei zu wählen, auch wenn er dann im Ausland, in Russland liegt. Das gestattet die Junta in Kiew nicht. Fühlt sich da jemand an die DDR erinnert, die sogar eine Mauer gebaut hat, damit die Menschen nicht abwandern? So, wie es in der DDR möglich war, Richtung Osten zu reisen, ist es Ukrainern erlaubt, Richtung Westen, Richtung NATO-Staaten, auszureisen.

### **Die Ukraine entvölkert sich**

«statista.com» ist zu entnehmen, dass die Einwohnerzahl der Ukraine im Jahr 1991 51 Millionen betrug. 2021 waren es weniger als 40 Millionen. Wer konnte, hat diesen korrupten Saustall verlassen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie viele ukrainische Taxifahrer um 2000 in Chicago unterwegs waren. Statista gibt dazu eine erschreckende Prognose: Bis 2050 soll sich die Bevölkerung der Ukraine auf nur noch 33 Millionen reduziert haben. Allerdings ist festzustellen, dass die aktuelle Zahl an Menschen, die noch in der Ukraine leben, diese Prognose schon jetzt unterschreitet. Wie viele Menschen seit letztem Jahr die Ukraine verlassen haben, ist unbekannt. Schätzungen gehen aber von mehr als zehn Millionen aus. Es ist auch unübersichtlich, wie viele Menschen in den neuen Republiken im Osten leben. Die müssen auch abgezogen werden ebenso, wie viele von dort nach Russland geflüchtet sind. Wie sagte man über die DDR? Der letzte macht das Licht aus.

Die Menschen flüchten aus der Ukraine aus unterschiedlichen Motiven. Darüber habe ich schon vor einem Jahr berichtet:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20221/ukrainer-fluechten-aus-angst-vor-radikal-nationalistischen-ukrainern/>

Was soll aber jemand tun, der nur Russisch spricht und nicht in einem Land bleiben will, in dem seine Muttersprache die Ausnahme ist? In die Ukraine zurückkehren? Nach diesen Erfahrungen, will man das sicher nicht. Was kann man also tun? Man sucht Wege nach Russland, denn dort kann man als Ukrainer nach wie vor ohne Visum einreisen. Die polnisch-russische Grenze ist aber weitgehend geschlossen. Der letzte noch offene Weg führt über Lettland. So habe ich Berichte erhalten, dass es an fünf dieser Grenzübergänge Staus bei der Ausreise nach Russland gibt, die die Reisenden zu mehrtägigen Aufenthalten an dieser Grenze zwingen. Fünf Tage sind keine Seltenheit. Interessant daran ist auch, dass dort auch Moldawier dabei sind. Auch die haben Angst vor ukrainischen Nationalisten. Es wird berichtet, dass die langen Wartezeiten durch schikanös «gründliche Überprüfungen» entstehen.

### **Die lange Flucht auf Umwegen**

Ob das so geplant war, als allen Ukrainern die freie Einreise in NATO-Länder zugesagt worden ist? Der tatsächliche Ablauf sieht doch so aus: Man verlässt das Elend in der Ukraine. Sobald man draussen ist, muss man sich keine Sorgen machen über Nahrungs- und Transportkosten. Auch ein Dach über dem Kopf wird überall bereitgestellt, inklusive «Taschengeld». Besonders in Polen wird aber schnell erkennbar, dass man nicht überall willkommen ist. In der BRD gibt es die Sprachbarriere. Das hatte man sich anders vorgestellt. Weil aber russischsprachige auch leicht an Informationen aus Russland direkt kommen, wissen die, wie es in Russland wirklich aussieht. Jetzt gibt es ein Ziel. So rettet man sich durch Richtung Lettland und kassiert unterwegs die Geschenke. Da nimmt man doch gern die paar Tage Wartezeit an der lettisch-russischen Grenze in Kauf. Nein, das habe ich mir nicht ausgedacht, das ist es, was Menschen an dieser Grenze erzählen. Zwischendrin sind auch junge Männer, die der Zwangsrekrutierung durch Kiews Schergen entkommen wollen.

Insgesamt steht die Frage im Raum, was mit den Ukrainern geschehen soll, die nicht mehr in die Ukraine zurückkehren wollen. Immerhin reden wir nur in Deutschland von mehr als einer Million und die meisten von denen sprechen die deutsche Sprache nicht. Vergessen wir nicht, die sind schon jetzt ein Problem für die deutschen Krankenkassen. Die Beiträge, die die Deutschen bezahlen müssen, müssen deswegen erhöht

werden. Natürlich auch wegen der vielen Migranten, die nicht aus der Ukraine gekommen sind. Wie lange wird es dauern, bis der deutsche Michel das erkannt hat und dann dagegen protestiert? Das gesamte Staatswesen der BRD steht auf dem Spiel. Da kann man nur froh sein über jeden, der den Weg nach Russland wählt. Aber ist es nicht unglaublich, dass Ukrainer ins Reich des Bösen flüchten wollen?

Im Übrigen habe ich feststellen können, dass die meisten, die ich in München beim Aussteigen aus Karossen mit ukrainischen Kennzeichen beobachtet habe, untereinander nicht ukrainisch, sondern russisch sprechen. Ich möchte anzweifeln, dass die jemals in ein Land zurückkehren wollen, wo sie diese Sprache nicht mehr benutzen dürfen. Da kann man nur hoffen, dass nach Ende der russischen Sonderoperation in der dann neuen Ukraine die elementaren Menschenrechte wieder geachtet werden. Andernfalls kann man auch hoffen, dass noch mehr Richtung Russland migrieren und dort gnädige Aufnahme finden. Aber ist es nicht schon fast ein Witz, dass es die NATO-Länder sind, die die Möglichkeit geschaffen haben, dass Kiews Ausreisesperre nach Russland umgangen werden kann?

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/ukrainer-fluechten-ueber-nato-laender-nach-russland/>

## «Achtung, Reichelt!» Frankreich in Flammen: Letzte Warnung für Deutschland!

5. Juli 2023



Seit Tagen erreichen uns die Bilder aus Frankreich: Brennende Autos und Barrikaden, junge Männer, die «Allahu Akbar» rufen.

Die französische Polizei ist überwältigt und überfordert von der zugewanderten Gewalt, vom zerstörerischen Islamismus, der plötzlich entfesselt ist.

Tausend abgeackelte und zerstörte Gebäude, darunter Restaurants und Jugendzentren. 4500 angezündete Autos. 6000 bis 8000 brennende Barrikaden im ganzen Land. 210 Schulen zerstört.

Diese Bilder sind eine letzte Warnung für Deutschland: Wir MÜSSEN über Migration sprechen!

Quelle: <https://www.pi-news.net/2023/07/achtung-reichelt-frankreich-in-flammen-letzte-warnung-fuer-deutschland/>

## AM 5. AUGUST AB NACH BERLIN! Für Frieden, Freiheit und Selbststimmung

Autor: Uli Gellermann, Datum: 5.7.2023

Der Termin hat in der Demokratiebewegung inzwischen Tradition. Seit der Riesendemo im Jahr 2020 kommen jährlich aus allen Teilen Deutschlands Demokraten nach Berlin, um die Demokratie mit Leben zu erfüllen. Spätestens seit dem Ukrainekrieg hat die Demokratiebewegung ihr Themenspektrum um den Frieden erweitert. Denn die deutsche Waffenlieferung droht uns alle in einen Krieg zu ziehen, den die Mehrheit der Bürger nicht will. Haben uns die Russen angegriffen? Nein. Die deutschen Waffen sollen das Einflussgebiet der NATO erweitern, die Ukraine soll als Aufmarschgebiet gegen Russland dienen. An diesem US-Krieg soll sich Deutschland beteiligen. Das will die Regierung. Wir nicht.

Deshalb: Lasst uns nicht allein mit dieser Regierung! Kommt am 5. August nach Berlin. Zeigt den Berliner Bürokraten und Kriegsfreunden, was die Deutschen wirklich denken! Wir treffen uns am 5. August um 13.00 Uhr am Brandenburger Tor.



Uli Gellermann

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/am-5-august-ab-nach-berlin>

## Deutschland beunruhigt über westliche Eskalationen in der Ukraine

Kyle Anzalone

Hochrangige deutsche Politiker äusserten sich besorgt über die westliche Eskalation in der Ukraine und signalisierten, dass Berlin sich gegen die provokativsten Vorschläge wehren werde.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, Deutschland zögere, Waffen mit grösserer Reichweite an die Ukraine zu liefern, da diese für Angriffe auf russisches Territorium verwendet werden könnten. London hat Kiew mit luftgestützten Marschflugkörpern vom Typ Storm Shadow ausgestattet, die eine Reichweite von mehr als 155 Meilen haben. Jüngsten Berichten zufolge steht das Weisse Haus kurz vor einer Entscheidung über die Lieferung von taktischen Raketensystemen der Armee (Army Tactical Missile Systems, ATACMS) an die Ukraine. Diese Raketen können etwa 200 Meilen weit abgefeuert werden.

Im vergangenen Monat warnte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu den Westen, dass der Einsatz von Langstreckenwaffen durch die Ukraine zum Angriff auf die Halbinsel Krim zu einem direkten Krieg zwischen Moskau und der NATO führen könnte. «Der Einsatz dieser Raketen ausserhalb der Zone unserer speziellen Militäroperation würde bedeuten, dass die Vereinigten Staaten und Grossbritannien vollständig in den Konflikt hineingezogen würden, was sofortige Schläge auf Entscheidungszentren in der Ukraine nach sich ziehen würde», sagte er.

Berlin erhält jetzt Anfragen aus Kiew zur Bereitstellung von Taurus KEPD 350 Raketen, einer luftgestützten Rakete mit einer Reichweite von über 300 Meilen. Scholz sagte, Deutschland prüfe diese Anfrage.

Deutschland stand während des gesamten Krieges unter starkem Druck, weil Berlin sich zeitweise weigerte, Kiew alle gewünschten Hilfen zu gewähren. In mehreren Fällen hat Berlin jedoch den Forderungen Kiews nachgegeben. So weigerte sich Deutschland beispielsweise, seine Leopard-2-Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Nachdem Polen, das Vereinigte Königreich und die USA zugesagt hatten, fortschrittliche Panzer zu liefern, schickte Deutschland der Ukraine Dutzende seiner Leopard-2-Kampfpanzer.

Einige der deutschen Panzer sind bereits auf dem Schlachtfeld zerstört worden, und Kiew bittet Berlin um Ersatz. Unterdessen sind die amerikanischen Abrams-Panzer noch nicht in der Ukraine eingetroffen.

Berlin wehrt sich ausserdem gegen Pläne, der Ukraine auf einem Gipfel in Vilnius nächste Woche einen offiziellen Zeitplan für die NATO-Mitgliedschaft zu geben. In einem Interview, das am Montag in der Rzeczpospolita veröffentlicht wurde, sagte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius, dass die Allianz die Bedingungen für einen Beitritt Kiews zur Allianz erst nach dem Ende des Krieges mit Russland festlegen könne.

«In meinen jüngsten Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg waren wir uns einmal mehr einig, dass das Bündnis niemals Partei eines Konflikts werden darf.» Er fuhr fort: «Daher werden wir die Frage des NATO-Beitritts der Ukraine nicht beantworten können, solange der Krieg in der Ukraine andauert.»

Pistorius erklärte weiter, dass Deutschland die Kriegsanstrengungen der Ukraine so lange unterstützen werde, wie der Konflikt andauere. Er sagte, dass Berlin in den kommenden Wochen Dutzende älterer Leopard-1-Panzer nach Kiew liefern werde.

erschieden am 3. Juli 2023 auf> The LIBERTARIAN INSTITUTE

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_07\\_04\\_deutschlandbeunruhigt.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_07_04_deutschlandbeunruhigt.htm)



## Amerika hat gerade ein grosses Reich zerstört

Michael Hudson

Herodot (Historien, Buch 1.53) erzählt die Geschichte von Krösus, dem König von Lydien (ca. 585-546 v. Chr.) in der heutigen Westtürkei und am ionischen Ufer des Mittelmeers. Krösus eroberte Ephesus, Milet und benachbarte griechischsprachige Reiche und erlangte Tribut und Beute, die ihn zu einem der reichsten Herrscher seiner Zeit machten. Doch diese Siege und der Reichtum führten zu Arroganz und Hybris. Krösus richtete seinen Blick nach Osten und strebte danach, Persien zu erobern, das von Kyros dem Grossen regiert wurde.

Nachdem er den kosmopolitischen Tempel von Delphi mit reichlich Silber und Gold ausgestattet hatte, fragte Krösus das Orakel, ob er mit seiner geplanten Eroberung erfolgreich sein würde. Die Pythia-Priesterin antwortete: «Wenn du gegen Persien in den Krieg ziehst, wirst du ein grosses Reich zerstören.»

Krösus brach also um 547 v. Chr. zum Angriff auf Persien auf. Er marschierte ostwärts und griff den persischen Vasallenstaat Phrygien an. Cyrus führte eine militärische Sonderoperation durch, um Krösus zurückzudrängen. Er besiegte Krösus Armee, nahm ihn gefangen und nutzte die Gelegenheit, das Gold Lydiens zu beschlagnahmen, um seine eigene persische Goldmünze zu prägen. Krösus hat also tatsächlich ein grosses Reich zerstört, aber es war sein eigenes.

Spulen wir vor zu den heutigen Bestrebungen der Regierung Biden, die amerikanische Militärmacht gegen Russland und, dahinter, China zu erweitern. Der Präsident holte sich Rat bei der heutigen Entsprechung des antiken Orakels von Delphi: der CIA und ihren verbündeten Denkfabriken. Anstatt vor Hybris zu warnen, ermutigten sie den Traum der Neokonservativen, dass ein Angriff auf Russland und China die Kontrolle der USA über die Weltwirtschaft festigen und das Ende der Geschichte herbeiführen würde.

Nachdem die Vereinigten Staaten 2014 einen Staatsstreich in der Ukraine organisiert hatten, schickten sie ihre NATO-Vertretungsarmee nach Osten und gaben der Ukraine Waffen, um einen ethnischen Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung zu führen und den russischen Marinestützpunkt auf der Krim in eine NATO-Festung zu verwandeln. Dieser Ehrgeiz auf Krösus-Niveau zielte darauf ab, Russland in einen Kampf zu verwickeln und seine Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu schwächen, dabei seine Wirtschaft zu ruinieren und seine Fähigkeit zur militärischen Unterstützung Chinas und anderer Länder zu zerstören, die als Alternative zur US-Hegemonie ihre Unabhängigkeit anstreben.

Nach acht Jahren der Provokation wurde ein neuer militärischer Angriff auf die russischsprachigen Ukrainer vorbereitet, der im Februar 2022 auf die russische Grenze zusteuern sollte. Russland schützte seine russischsprachigen Landsleute vor weiterer ethnischer Gewalt, indem es eine eigene militärische Sonderoperation startete. Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten beschlagnahmten sofort Russlands Devisenreserven, die sich in Europa und Nordamerika befanden, und verlangten, dass alle Länder Sanktionen gegen die Einfuhr russischer Energie und russischen Getreides verhängen, in der Hoffnung, dass dies den Wechselkurs des Rubels abstürzen lassen würde. Das delphische Aussenministerium rechnete damit, dass dies die russischen Verbraucher zum Aufstand und zum Sturz der Regierung von Wladimir Putin veranlassen würde, was den USA die Möglichkeit geben würde, eine Klienteloligarchie zu installieren, wie sie sie in den 1990er Jahren unter Präsident Jelzin aufgebaut hatte.

Ein Nebenprodukt dieser Konfrontation mit Russland war die Sicherung der Kontrolle Amerikas über seine westeuropäischen Satelliten. Das Ziel dieses NATO-internen Geplänkels war es, Europas Traum von engeren Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland durch den Tausch seiner Industrieerzeugnisse gegen russische Rohstoffe zu zerstören. Die Vereinigten Staaten machten diese Aussicht zunichte, indem sie die Nord-Stream-Gaspipelines sprengten und Deutschland und andere Länder vom Zugang zu günstigem russischem Gas abschnitten. Dadurch wurde Europas führende Wirtschaft von teurerem US-Flüssigerdgas (LNG) abhängig.

Zusätzlich zur Subventionierung des europäischen Gases, um eine weit verbreitete Zahlungsunfähigkeit zu verhindern, wird ein grosser Teil der deutschen Leopard-Panzer, US-Patriot-Raketen und anderer NATO-«Wunderwaffen» im Kampf gegen die russische Armee zerstört. Es ist klar geworden, dass die US-Strategie nicht einfach darin besteht, «bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen», sondern bis zum letzten Panzer, zur letzten Rakete und zu den letzten anderen Waffen, die aus den NATO-Beständen entfernt werden.

Es wurde erwartet, dass dieser Abbau der NATO-Waffen einen riesigen Ersatzmarkt schaffen würde, um den militärisch-industriellen Komplex der USA zu bereichern. Die NATO-Kunden werden aufgefordert, ihre Militärausgaben auf 3 oder sogar 4 Prozent des BIP zu erhöhen. Doch die schwache Leistung amerikanischer und deutscher Waffen auf dem ukrainischen Schlachtfeld könnte diesen Traum platzen lassen, während die europäischen Volkswirtschaften in der Depression versinken. Und da die deutsche Industriewirtschaft durch den Abbruch des Handels mit Russland in Mitleidenschaft gezogen wurde, erklärte der deutsche Finanzminister Christian Lindner am 16. Juni 2023 gegenüber der Zeitung Die Welt, dass sein Land es sich nicht leisten könne, mehr Geld in den Haushalt der Europäischen Union einzuzahlen, zu dem es seit langem der grösste Beitragszahler ist.

Ohne deutsche Exporte, die den Wechselkurs des Euro stützen, wird die Währung gegenüber dem Dollar unter Druck geraten, da Europa Flüssigerdgas kauft und die NATO ihre erschöpften Waffenbestände durch den Kauf neuer Waffen aus Amerika wieder auffüllt. Ein niedrigerer Wechselkurs wird die Kaufkraft der europäischen Arbeitnehmer schmälern, während die Senkung der Sozialausgaben zur Finanzierung der Aufrüstung und der Gassubventionen den Kontinent in eine Depression stürzt.

Eine nationalistische Reaktion gegen die Vorherrschaft der USA macht sich in der europäischen Politik breit, und anstatt dass Amerika seine Kontrolle über die europäische Politik festigt, könnten die Vereinigten Staaten am Ende verlieren – nicht nur in Europa, sondern vor allem im gesamten globalen Süden. Anstatt Russlands Rubel «in Schutt und Asche» zu legen, wie Präsident Biden versprach, ist Russlands Handelsbilanz in die Höhe geschossen und sein Goldangebot hat zugenommen. Das Gleiche gilt für die Goldbestände anderer Länder, deren Regierungen nun versuchen, ihre Volkswirtschaften zu entdollarisieren.

Es ist die amerikanische Diplomatie, die Eurasien und den globalen Süden aus der US-Umlaufbahn treibt. Amerikas anmassendes Streben nach unipolarer Weltvorherrschaft konnte nur von innen heraus so schnell demontiert werden. Die Biden-Blinken-Nuland-Regierung hat geschafft, was weder Wladimir Putin noch der chinesische Präsident Xi in so kurzer Zeit zu erreichen hofften. Keiner von beiden war bereit, den Fehdehandschuh hinzuwerfen und eine Alternative zur US-zentrierten Weltordnung zu schaffen. Doch die US-Sanktionen gegen Russland, den Iran, Venezuela und China haben wie Schutzzölle gewirkt, um die Selbstversorgung in dem zu erzwingen, was der EU-Diplomat Josep Borrell den weltweiten «Dschungel» ausserhalb des US/NATO-«Gartens» nennt.

Obwohl sich der Globale Süden und andere Länder seit der Konferenz der blockfreien Staaten in Bandung 1955 über die Dominanz der USA beschwerten, fehlte ihnen die kritische Masse, um eine tragfähige Alternative zu schaffen. Aber ihre Aufmerksamkeit wurde nun durch die Beschlagnahmung der offiziellen russischen Dollarreserven in den NATO-Ländern durch die USA gelenkt. Damit wurde der Gedanke zerstreut, dass der Dollar ein sicheres Vehikel für internationale Ersparnisse ist. Die frühere Beschlagnahmung der in London gelagerten Goldreserven Venezuelas durch die Bank of England – mit dem Versprechen, sie den von US-Diplomaten benannten nicht gewählten Gegnern des sozialistischen Regimes zu spenden – zeigt, wie das Pfund Sterling und der Euro ebenso wie der Dollar zur Waffe geworden sind. Und was ist übrigens mit den libyschen Goldreserven geschehen?

Die amerikanischen Diplomaten vermeiden es, über dieses Szenario nachzudenken. Sie verlassen sich auf den einzigen Vorteil, den die Vereinigten Staaten von Amerika zu bieten haben. Sie mögen davon absehen, Gegner zu bombardieren, eine farbige Revolution zu inszenieren, um sie durch das «National Endowment for Democracy» zu «putschen», oder einen neuen «Jelzin» zu installieren, der die Wirtschaft an eine Klienteloligarchie verschenkt.

Aber von einem solchen Verhalten Abstand zu nehmen, ist alles, was Amerika anbieten kann. Es hat seine eigene Wirtschaft entindustrialisiert, und seine Vorstellung von Auslandsinvestitionen besteht darin, durch die Konzentration von technologischen Monopolen und der Kontrolle über den Öl- und Getreidehandel in den Händen der USA Möglichkeiten zur Erzielung von Monopolrenten zu schaffen, als ob dies wirtschaftliche Effizienz und nicht Rent-Seeking wäre.

Was stattgefunden hat, ist ein Bewusstseinswandel. Wir erleben, dass die globale Mehrheit versucht, eine unabhängige und friedlich ausgehandelte Entscheidung darüber zu treffen, welche Art von internationaler Ordnung sie will. Ihr Ziel ist es nicht nur, Alternativen zur Verwendung von Dollars zu schaffen, sondern eine ganze Reihe neuer institutioneller Alternativen zum IWF und zur Weltbank, zum SWIFT-Bankenclearing-System, zum Internationalen Strafgerichtshof und zu all den Institutionen, die US-Diplomaten von den Vereinten Nationen gekapert haben.

Das Ergebnis wird von zivilisatorischer Tragweite sein. Wir erleben nicht das Ende der Geschichte, sondern eine neue Alternative zum US-zentrierten neoliberalen Finanzkapitalismus und seiner Junk-Ökonomie der Privatisierung, des Klassenkampfes gegen die Arbeit und der Idee, dass Geld und Kredit in den Händen einer kleinen Finanzklasse privatisiert werden sollten, anstatt als öffentliches Gut zur Finanzierung wirtschaftlicher Bedürfnisse und eines steigenden Lebensstandards zu dienen.

Die Ironie besteht darin, dass die historische Rolle Amerikas darin bestand, dass es zwar selbst nicht in der Lage war, die Welt auf diesem Weg voranzubringen, dass aber seine Versuche, die Welt in ein gegensätzliches imperiales System einzuschliessen, indem es Russland auf den Ebenen der Ukraine eroberte und versuchte, Chinas Technologie zu isolieren, um den Versuch der USA, das IT-Monopol zu brechen, zu durchbrechen, die grossen Katalysatoren waren, die die globale Mehrheit in diese Richtung trieben.

erschienen am 28. Juni 2023 auf> Michael Hudsons Website

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_07\\_03\\_amerikahat.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_07_03_amerikahat.htm)

## Der Patriotismus des Tötens und Getötetwerdens

Norman Solomon

Der vierte Juli – der ultimative patriotische Feiertag – steht wieder vor der Tür. Politiker halten Reden, amerikanische Flaggen werden geschwenkt, und mehr noch als sonst sind viele Fenster rot, weiss und blau gefärbt. Doch eine wichtige Frage bleibt unbeantwortet: Warum sind Patriotismus und Krieg in den amerikanischen Medien und in der Politik so eng miteinander verwoben?

Die höchste Anerkennung wird oft denjenigen zuteil, die für ihr Land gestorben sind. Doch wenn ein Krieg auf einer Täuschung mit schrecklichen Folgen beruht, wie es während des massiven Blutvergiessens in Vietnam deutlich wurde, sind Realismus und Zynismus dazu angetan, die Glaubwürdigkeit zu untergraben. «Krieg ist ein gutes Geschäft, also gib deinen Sohn her», heisst es in einem Lied von Jefferson Airplane aus dem Jahr 1967. «Und ich würde lieber mein Land für mich sterben lassen.»

Regierungsvertreter behaupten oft, dass die Teilnahme am Krieg der lobenswerteste aller patriotischen Dienste ist. Und selbst wenn die Kämpfer nicht wissen, wofür sie kämpfen, wird von der Führung so getan, als wüssten sie es. Als Präsident Lyndon B. Johnson eine Rede vor den US-Truppen in Cam Ranh Bay in Südvietnam hielt, verkündete er: «Sie wissen, was Sie tun, und Sie wissen, warum Sie es tun – und Sie tun es.»

Fünf Jahrzehnte später, lange nach der Entsendung von US-Truppen zur Invasion Panamas 1989 und zum Golfkrieg 1991, twitterte der ehemalige Präsident George H.W. Bush, dass er «nicht nur jenen Patrioten für immer dankbar sei, die das ultimative Opfer für unsere Nation gebracht haben – sondern auch den Gold Star-Familien, deren Erbe von ihrer Ehre und ihrem Heldentum durchdrungen ist.» Solch hochtrabende Rhetorik ist Routine.

Offizielle Schmeicheleien erheben die Krieger und den Krieg, egal wie schrecklich die Folgen sind. Im März 2010 sagte Barack Obama bei seinem ersten Präsidentenbesuch in Afghanistan zu den versammelten Truppen auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram, dass sie «die Tugenden und Werte verkörpern, die Amerika gerade jetzt so dringend braucht: Aufopferung und Selbstlosigkeit, Ehre und Anstand.»

Danach sprach Obama über den patriotischen Ruhm im Tod: «Ich bin voller Demut über Ihr Opfer bei der feierlichen Heimkehr der mit Flaggen bedeckten Särge in Dover zu den Grabsteinen in Sektion 60 in Arlington, wo die Gefallenen dieses Krieges in Frieden neben den anderen Helden der amerikanischen Geschichte ruhen.» In solchen Reden wird implizit davon ausgegangen, dass «Amerikas Geschichte» auf militärischen Schlachtfeldern am heroischsten und patriotischsten ist.

Ein bemerkenswerter Mangel an staatsbürgerlicher Vorstellungskraft scheint davon auszugehen, dass es keine höhere Berufung für den Patriotismus gibt als zu töten und getötet zu werden. Das wäre eine äusserst fragwürdige Vorstellung, selbst wenn die US-Kriege von Vietnam bis Afghanistan und Irak nicht auf Täuschung beruht hätten – was unterstreicht, wie destruktiv die Verquickung von Patriotismus und Krieg sein kann.

Von Vietnam bis zum Irak und darüber hinaus wurde der Patriotismus der US-Soldaten – und ihrer Angehörigen wie auch der Öffentlichkeit in der Heimat – von dem, was der scheidende Präsident Dwight Eisenhower den «militärisch-industriellen Komplex» nannte, ausgenutzt und manipuliert. Ob die Pentagon Papers im Jahr 1971 oder das Fehlen der behaupteten irakischen Massenvernichtungswaffen drei Jahrzehnte später – die vom Weissen Haus, dem Aussenministerium und dem Pentagon verbreiteten Unwahrheiten waren tödliche Lockvogelangebote.

Oftmals durch echte Vaterlandsliebe und den Eifer, die Vereinigten Staaten von Amerika zu verteidigen, angelockt, wurden viele junge Menschen dazu verleitet, die Zahnräder einer Kriegsmaschinerie zu ölen, die für die Auftragnehmer des Pentagons äusserst profitabel ist und den Menschen, die in der Kriegsführung gefangen sind, enorm schadet.

Doch laut den Spitzenpolitikern in Washington und den willfährigen Medien sind das Kämpfen und Sterben in US-Kriegen der beste Beweis für grossen Patriotismus.

Wir werden ermutigt, Amerikas Kriege eng mit amerikanischem Patriotismus zu verknüpfen, was zum grossen Teil auf das Interesse der Elite zurückzuführen ist, den Militarismus als zentralen Bestandteil der US-Aussenpolitik zu verherrlichen. Angesichts der Zerstörungskraft dieses Militarismus kann ein starkes Argument dafür angeführt werden, dass wahrer Patriotismus darin besteht, Kriege zu verhindern und zu beenden, anstatt sie zu beginnen und fortzusetzen.

Wenn sich ein solcher Patriotismus jemals durchsetzen kann, wird der vierte Juli wirklich ein Feiertag sein, den man feiern kann.

siehe auch: Mark Twain – Die Moro-Schlacht  
erschieden am 29. Juni 2023 auf [Antiwar.com](https://antiwar.com)

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_07\\_01\\_derpatriotismus.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_07_01_derpatriotismus.htm)

## Warum Julian Assange freigelassen werden muss

### Rede in London

*Matt Taibbi*

Auf dem Parliament Hill in London fand am Samstag eine Demonstration für den inhaftierten Wikileaks-Gründer Julian Assange statt. Anwesend war die berühmte Darstellung von Assange, Chelsea Manning und Edward Snowden, die der Bildhauer Davide Domino geschaffen hat. Die Statue enthält einen leeren Stuhl für den nächsten Whistleblower. Ich hatte die Ehre, auf diesem Stuhl zu stehen und eine kurze Ansprache zu halten:

Ich muss ein Geständnis ablegen. Früher mochte ich Julian Assange nicht, wie viele andere Journalisten auch. Es lag nicht nur daran, dass Wikileaks eine riesige Geschichte nach der anderen aufdeckte. Er hatte fantastische Haare. Er trug Skinny Jeans. Er hat sogar auf der Fashion Week gemodelt!

Was soll ich sagen? Ich war neidisch. Wir sind in London, also kann ich Shakespeare zitieren, oder?

Hüte dich vor dem grünäugigen Ungeheuer, das das Fleisch verhöhnt, von dem es sich nährt.

Eifersucht, dieses Monster, beeinträchtigt das Denken. Es hat meine beeinträchtigt. Ich hatte keinen Grund, Assange nicht zu mögen. Also habe ich einen erfunden. Ich beschloss, dass ich das Konzept der «radikalen Transparenz» nicht mochte. Ich dachte: «Du kannst nicht einfach all diese Geheimnisse auf die Öffentlichkeit abladen. Das ist unverantwortlich!»

Ich wurde so sehr einer Gehirnwäsche unterzogen, dass ich, wie viele andere auch, vergass, dass Geheimnisse nicht den Regierungen gehören. Diese Informationen gehören uns. Regierungen regieren mit unserer Zustimmung. Wenn sie Geheimnisse bewahren wollen, müssen sie unsere Erlaubnis dazu haben. Und sie haben niemals das Recht, Verbrechen geheim zu halten.

Ich bin Amerikaner. Viele von Ihnen kommen aus Grossbritannien. In unseren Ländern bauen wir Wolkenkratzer und riesige neue Komplexe, um unsere Geheimnisse zu lagern, denn wir haben keinen Platz, um sie alle aufzubewahren!

Warum haben wir so viele Geheimnisse? Julian Assange hat uns gesagt, warum. Aus einem Essay, den er geschrieben hat: Autoritäre Regime lassen Kräfte entstehen, die sich ihnen entgegenstellen, indem sie gegen den individuellen und kollektiven Willen zu Freiheit, Wahrheit und Selbstverwirklichung vorgehen. Pläne, die die autoritäre Herrschaft unterstützen, rufen, sobald sie entdeckt werden, Widerstand hervor. Daher werden diese Pläne von erfolgreichen autoritären Mächten verheimlicht.

Wenn Regierungen autoritär werden, regen sie Widerstand an. Es müssen dann Techniken entwickelt werden, um diesen Widerstand abzuwehren. Diese Techniken müssen dann verheimlicht werden.

Kurz gesagt: Je schlechter ein Land ist, desto mehr Geheimnisse hat es. Wir haben jetzt eine Menge Geheimnisse. Julian Assange wurde berühmt, als wir gerade dabei waren, eine riesige neue Regierung in der Regierung zu schaffen, ein System von Geheimgefängnissen, ausserordentlichen Überstellungen, Massenüberwachung und Drohnenangriffen. Von vielen dieser Dinge wissen wir nur dank Wikileaks. Angeblich war all diese Geheimhaltung notwendig, um den ausländischen Terrorismus zu bekämpfen.

Die brutale Ironie ist nun, dass die Architekten dieses Systems es nicht mehr für nötig halten, ihre schmutzigen Taktiken zu verbergen. Meine Regierung will diesen Mann ganz offen für 175 Jahre ins Gefängnis stecken, hauptsächlich wegen Verstössen gegen das Spionagegesetz. Dazu gehören Verbrechen wie «Verschwörung zum Erhalt von Informationen zur nationalen Verteidigung» oder «Beschaffung von Informationen zur nationalen Verteidigung».

Was sind «Informationen zur Landesverteidigung»? Die Antwort macht dieses Gesetz so gefährlich. Es ist, was immer sie sagen, was es ist. Es ist jede Information, die nicht an die Öffentlichkeit gelangen soll. Sie muss nicht einmal geheim sein.

Was ist eine Verschwörung zur Beschaffung solcher Informationen? Wir haben ein Wort dafür. Man nennt es Journalismus.

Meine Regierung will Julian Assange für 175 Jahre ins Gefängnis stecken, weil er Journalismus betrieben hat. Die Regierung dieses Landes, des Vereinigten Königreichs, wird es zulassen, dass dies geschehe. Wenn sie dies mit Andrej Sacharow oder Nelson Mandela tun würden, würde jede Menschenrechtsorganisation der Welt dies als unerträglichen Skandal anprangern. Jede NRO würde Schlange stehen, um Unterstützung zu leisten. Jeder Journalist würde in seinen Leitartikeln seine Freilassung fordern.

Aber weil es unsere eigenen Regierungen sind, die das tun, wird geschwiegen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, dass dies einem Julian Assange passiert, sollten Sie besser damit einverstanden sein, dass es vielen anderen passiert. Deshalb ist dieser Moment so wichtig. Wenn Assange erfolgreich ausgeliefert und verurteilt wird, wird es etwa zehn Minuten dauern, bis so etwas wieder passiert. Von da an wird dies zu einem alltäglichen Ereignis werden. Es wird keine Demonstrationen in Parks geben, keine Nachrichten mehr. Dies wird ein normaler Teil unseres Lebens werden.

Lassen Sie das nicht geschehen.

*Befreit Julian Assange. erschienen am 24. Juni 2023 auf> Racket News*

*Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_06\\_30\\_warumjulian.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_30_warumjulian.htm)*



## Verteidigungsministerium

(CC BY 4.0), 5. Juli 2023 / 09:13 Uhr



Das Luftraum-Verteidigungssystem «Sky Shield» der NATO sorgt derzeit für einen innenpolitischen Konflikt. (Symbolfoto)  
Foto: Rikujoieitai Boueisho / Wikimedia

### NATO stationiert in Österreich Raketen: Neutralität massiv bedroht!

Von einer massiven Bedrohung und einer Aushöhlung der Neutralität Österreichs sprach gestern, Dienstag, FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker in einer Pressekonferenz. Grund ist der Beitritt zum NATO-Projekt «Sky Shield».

#### Schweigen beim Nationalen Sicherheitsrat

Österreichs Teilnahme an diesem Luftraum-Verteidigungssystem mit der Bezeichnung «Sky Shield» hatten ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer und ÖVP-Verteidigungsministerin Klaudia Tanner am Samstag, 1. Juli, völlig überraschend angekündigt. Darüber hatte sich nicht nur FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker gewundert, da einige Tage zuvor, beim Nationalen Sicherheitsrat, kein Wort darüber verloren wurde.

#### Meilenstein in der Verteidigungs-Geschichte

Während Tanner die Beteiligung am Schutzschirm, der zur Gefahrenabwehr diene, in der Geschichte der Verteidigungspolitik als «Meilenstein» bezeichnete, sprach Hafenecker bei seiner Pressekonferenz wörtlich von einer «Gefährdung unseres Landes». Die NATO würde in Österreich Raketen stationieren und sich so strategisch verbessern, «während wir zum Ziel anderer Länder werden».

#### Scheibchenweise Annäherung an NATO

«Sky Shield» sei kein EU-Projekt, sagte Hafenecker, sondern wäre allein von der NATO ins Leben gerufen worden. Mit dem Beitritt nähere sich Österreich scheibchenweise der NATO an – und das, ohne die Bevölkerung zu befragen. Das wäre schon bei den EU-Sanktionen der Fall gewesen oder bei den Waffenkäufen für die Ukraine, an denen sich Österreich beteiligt. Was die ÖVP mache, führte Hafenecker weiter aus, sei gemeingefährlich und ziehe Österreich jeden Tag mehr in den Ukraine-Konflikt hinein.

#### Teures Unterfangen

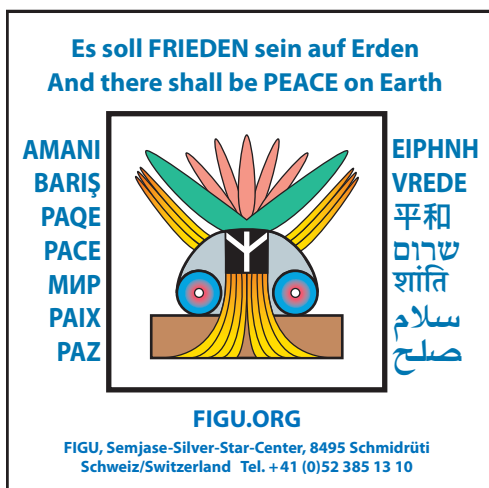
Die Freiheitlichen würden sich vehement dagegen wehren, und zwar mit allen parlamentarischen Mitteln, «die uns zur Verfügung stehen». Dass sich Frankreich, Spanien und auch Polen an «Sky Shield» nicht beteiligen wollen, um sich nicht noch mehr von Amerika abhängig zu machen, sah Hafenecker positiv. Kritik übte er daran, dass es noch gar keine Kostenbasis dafür gäbe. Experten, so Hafenecker, würden von einem «teuren Unterfangen» sprechen.

#### Aushöhlung der Neutralität

In einer Aussendung meinte Hafenecker zudem, dass eine Zusatzklärung im «Sky Shield»-Abkommen gar nichts an der Aushöhlung der Neutralität ändern würde. «Umfaller-Kanzler» Nehammer und seine Regierung hätten bereits oftmals bewiesen, dass ihre Ankündigungen keinerlei Wert gehabt hätten.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/194672-nato-stationiert-in-oesterreich-raketen-neutralitaet-massiv-bedroht/>

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

### Autokleber

#### Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

### Bestellen gegen Vorauszahlung:

#### FIGU

Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

### E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89

### IMPRESSUM

#### FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89  
Wird auch im Internet veröffentlicht  
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3  
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org

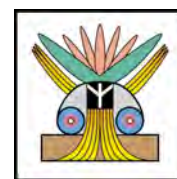


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:  
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

### Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**  
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz